

Stenographisches Protokoll.

119. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

Dienstag, den 27. Juni 1922.

Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Verhandlung über die Vorlage der Bundesregierung, betreffend ein Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb (913 der Beilagen). — 2. Bericht des Ausschusses für Verkehrswesen über den Antrag der Abgeordneten Paulitsch, Dr. Kamef und Genossen (713 der Beilagen), betreffend die Förderung des ehesten Ausbaues der Mallnitzer Kraftwerke zum Zwecke der Elektrifizierung der Tauernbahn (1007 der Beilagen). — 3. Bericht des Ausschusses für Heereswesen über den Antrag der Abgeordneten Dr. Erwin Waiz, Dr. Schürff, Kollarz und Genossen (996 der Beilagen) auf Einsetzung einer Bundeskommission für Kriegsgräberfürsorge und sonstiges Kriegsverlustwesen (1008 der Beilagen). — 4. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (940 der Beilagen), betreffend die Bewilligung zur Aufnahme eines Lotterieleihens im Nominalbetrage von 1200 Millionen Kronen durch den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (Österreichische Bauleihe, Emission 1922) (1009 der Beilagen). — 5. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (851 der Beilagen), betreffend Durchführung baulicher Maßnahmen in den Bundestheatern (1010 der Beilagen). — 6. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (967 der Beilagen), betreffend den Ausbau des Westtraktes des Hauptgebäudes des Schlosses Schönbrunn (1011 der Beilagen). — 7. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (935 der Beilagen), betreffend Adaptierungen im Gebäude Wien, VII., Karl Schweighofergasse 3 (1012 der Beilagen). — 8. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (948 der Beilagen), betreffend die Bedeckung der Kosten für den Betrieb und die Instandhaltung der Zollwachmotorboote am Bodensee (1013 der Beilagen). — 9. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (951 der Beilagen), betreffend die Fortführung des Fortbildungs- und Sprachkurses für die Sicherheitswache in Wien (1014 der Beilagen). — 10. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (915 der Beilagen), betreffend die Erhöhung der Kapitalbeteiligung des Bundes an der gemeinwirtschaftlichen Anstalt „Steirische Fahrzeugwerke in Graz-Puntigam“ (1015 der Beilagen). — 11. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (916 der Beilagen), betreffend die Erhöhung der Kapitalbeteiligung des Bundes an der Unternehmung „Vereinigte Leder- und Schuhfabriken, gemeinwirtschaftliche Anstalt“ (1016 der Beilagen). — 12. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (971 der Beilagen), betreffend die Förderung der Wiener Messe N. G. aus Bundesmitteln (1017 der Beilagen). — 13. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (917 der Beilagen),

betreffend die Mündelsicherheit der Teilschuldverschreibungen eines von der Stadtgemeinde Klagenfurt aufzunehmenden Anlehens von 250.000.000 K (1018 der Beilagen). — 14. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (982 der Beilagen), betreffend die Förderung von Kindererholungsfaktionen des Sommers 1922 aus Bundesmitteln (1019 der Beilagen). — 15. Bericht des Ausschusses für Verkehrsweisen über die Vorlage der Bundesregierung (834 der Beilagen) über das Übereinkommen, betreffend das endgültige Donaufstatut (1022 der Beilagen). — 16. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (980 der Beilagen), betreffend die Bewilligung eines Nachtragskredites von 930.000.000 K für Adaptierungen im Amtsgebäude in Grein (1025 der Beilagen). — 17. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (981 der Beilagen), betreffend den Beitrag der Bundesforstverwaltung zur Koppentrainverbaumung (1026 der Beilagen). — 18. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abgeordneten Schneidmahl, Bretschneider, Polke und Genossen (902 der Beilagen), betreffend die Wildbachverbaumung im Traisen-, Gölßen- und Bielachgebiet (1030 der Beilagen).

Inhalt.

Beschrift des Bundeskanzleramtes,

betreffend eine Ausfertigung des Handelsübereinkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn (1037 der Beilagen [Seite 3874] — Zuweisung an den Ausschuss für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten [Seite 3900]).

Beschriften der Bundesregierung,

betreffend die Gesetzentwürfe:

1. betreffend Wohnungsanforderung (1031 der Beilagen [Seite 3873] — Zuweisung an den Ausschuss für soziale Verwaltung [Seite 3900]);
2. betreffend Rentenerhöhungen auf dem Gebiete der Pensionsversicherung von Angestellten (V. Novelle zum Pensionsversicherungsgesetz) (1032 der Beilagen [Seite 3873] — Zuweisung an den Ausschuss für soziale Verwaltung [Seite 3900]);
3. betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen über die Unfallversicherung der Arbeiter (IX. Novelle zum Unfallversicherungsgesetz) (1033 der Beilagen [Seite 3873] — Zuweisung an den Ausschuss für soziale Verwaltung [Seite 3900]);

4. betreffend Erhöhung der Steuerzuschläge zu Unfallrenten (1034 der Beilagen [Seite 3873] — Zuweisung an den Ausschuss für soziale Verwaltung [Seite 3900]);
5. betreffend Erhöhung der Zuschüsse zu den Provisionen der Bergwerksbruderladen (1035 der Beilagen [Seite 3873] — Zuweisung an den Ausschuss für soziale Verwaltung [Seite 3900]);
6. betreffend die Gewährung von Unterstützungen an die bei den Ausschreitungen in Innsbruck am 5. und 6. Dezember 1919 geschädigten Personen (1036 der Beilagen [Seite 3874]);
7. betreffend die Beteiligung des Bundes an der „Industriewerke Fischamend G. M. B. H.“ (1038 der Beilagen [Seite 3874] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuss [Seite 3900]);
8. über die Fortsetzung der mit dem Abbau der Lebensmittelzuschüsse des Bundes zusammenhängenden Förmorgemaßnahmen (II. Novelle zum Abbaugesetz) (1039 der Beilagen [Seite 3874] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuss [Seite 3900]);
9. betreffend die Bezüge der Bundesangestellten (Besoldungsnachtragsgesetz) (1040 der Beilagen [Seite 3874] — Redner: Bundeskanzler Dr. Seipel [Seite

3875 und 3883], die Abgeordneten Sever [Antrag auf Eröffnung der Debatte] [Seite 3878], Tomjchif [Seite 3878], Schönsteiner [Seite 3885], Seiz [Seite 3886], Dr. Zeidler [Seite 3891], Schulz [Seite 3896], Fink [Seite 3898] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 3900];

10. betreffend die Errichtung einer österreichischen Notenbank (1041 der Beilagen [Seite 3874] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 3900]).

Vorlage der Bundesregierung.

Zuweisung von 974 der Beilagen an den Ausschuß für Erziehung und Unterricht (Seite 3900).

Kontrollausschuß für die Verwendung des Kreditfonds.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Wahl des Abgeordneten Dr. Weiskirchner zum Obmann

dieses Ausschusses an Stelle des wegen seiner Bestellung zum Bundeskanzler aus dem Ausschusse geschiedenen Abgeordneten Dr. Seipel (Seite 3873).

Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Wahl des Abgeordneten Kollmann zum Obmannstellvertreter des Finanz- und Budgetausschusses an Stelle des von dieser Funktion zurückgetretenen Abgeordneten Miklas (Seite 3873).

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Niederlegung des Mandates als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschuße seitens des Abgeordneten Schneidmahl (Seite 3899).

Ersatzwahl des Abgeordneten Pick als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschuß an Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten Schneidmahl (Seite 3900).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Anträge

1. der Abgeordneten Kollmann, Birbaumer, Gruber und Genossen, betreffend die Übernahme des Bernsdorfer Unterghymnasiums durch den Bund (1042 der Beilagen);
2. des Abgeordneten Fischer und Genossen auf Vorlage eines Gesetzes, betreffend die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Hausbeforger (1043 der Beilagen).

Anfrage

der Abgeordneten Schlager, Domes, Tuller und Genossen an den mit der Leitung des Bundesministeriums für Inneres und Unterricht betrauten Vizekanzler, betreffend den Mißbrauch staatlicher Mittel zur Propaganda für kirchliche Veranstaltungen (Anhang I, 381/I).

Zur Verteilung gelangen am 27. Juni 1922:

die Regierungsvorlagen 1002 bis 1004 und 1031 bis 1035 der Beilagen;

der Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung 1028 der Beilagen;

die Berichte des Ausschusses für Erziehung und Unterricht 1020 und 1021 der Beilagen;

3872

119. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 27. Juni 1922.

der Bericht des Ausschusses für Verkehrsweisen 1023 der Beilagen;

die Berichte des Finanz- und Budgetausschusses 1024, 1027 und 1029 der Beilagen;

der Antrag 996 der Beilagen.

An Druckschriften sind eingelangt:

Vom Bundesministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten:

Statistische Übersichten über den auswärtigen Handel Österreichs im Jahre 1921 nebst einer Übersicht über die Werte der Ein- und Ausfuhr im Jahre 1920.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 20 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident **Dr. Weiskirchner**,
zweiter Präsident **Reith**, dritter Präsident
Dr. Dinghofer.

Schriftführer: **Seidel, Seiver**.

Bundeskanzler: **Dr. Seipel**.

Vizekanzler und Leiter des Bundes-
ministeriums für Inneres und Unterricht:
Dr. Frank.

Bundesminister: **Dr. Grünberger** für
Äußeres, **Dr. Waber** für Justiz, **Dauguin** für
Heereswesen, **Ségur** für Finanzen, **Buchinger**
für Land- und Forstwirtschaft und Leiter des
Bundesministeriums für Volksernährung, **Kraft**
für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten,
Schmitz für soziale Verwaltung, **Dr. Odehnal**
für Verkehrsweisen, **Dr. Schneider**, betraut mit
der Führung der Angelegenheiten des Unterrichtes
und des Kultus.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die Protokolle über die Sitzungen vom
21. und 22. Juni sind in der Kanzlei zur Einsicht für
die Herren Abgeordneten aufgelegt, unbeanstandet
geblieben und gelten daher als genehmigt.

Der Kontrollausschuß über die Ver-
wendung des Kreditfonds hat an Stelle des
Herrn Abgeordneten Seipel, der infolge seiner
Bestellung zum Bundeskanzler aus diesem Ausschuß
ausgeschlossen ist, mich zum Obmann gewählt.

Der Herr Abgeordnete Miklas ist von der
Funktion als Obmannstellvertreter des Finanz-
und Budgetausschusses zurückgetreten.

An seine Stelle wurde Herr Abgeordneter
Kollmann zum Obmannstellvertreter des
Finanz- und Budgetausschusses gewählt.

Es sind Zuschriften eingelangt, mit denen
die Einbringung von Vorlagen der Bundes-
regierung angekündigt wird.

Ich ersuche um Verlesung dieser Zuschriften.

Schriftführer **Seiver** (liest):

„Auf Grund der mir in der Sitzung des
Ministerrates vom 21. Juni 1922 erteilten
Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf
eines Bundesgesetzes, betreffend Wohnungs-

anforderung (1031 der Beilagen), mit dem
Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vor-
lage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen
Behandlung zu unterziehen.

Wien, 23. Juni 1922.

Richard Schmitz.“

„Auf Grund der mir in der Sitzung des
Ministerrates vom 21. Juni 1922 erteilten Er-
mächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines
Bundesgesetzes, betreffend Rentenerhöhungen
auf dem Gebiete der Pensionsversicherung
von Angestellten (V. Novelle zum Pensions-
versicherungsgesetz) (1032 der Beilagen), mit
dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als
Vorlage der Bundesregierung der verfassungs-
mäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 23. Juni 1922.

Richard Schmitz.“

„Auf Grund der mir in der Sitzung des
Ministerrates vom 21. Juni 1922 erteilten Er-
mächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines
Bundesgesetzes, betreffend die Abänderung
einiger Bestimmungen über die Unfallver-
sicherung der Arbeiter (IX. Novelle zum
Unfallversicherungsgesetz) (1033 der Beilagen),
mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf
als Vorlage der Bundesregierung der verfassungs-
mäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 23. Juni 1922.

Richard Schmitz.“

„Auf Grund der mir in der Sitzung des
Ministerrates vom 21. Juni 1922 erteilten Er-
mächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines
Bundesgesetzes, betreffend Erhöhung der
Teuerungszulagen zu Unfallrenten (1034
der Beilagen), mit dem Ersuchen zu übersenden,
diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung
der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 23. Juni 1922.

Richard Schmitz.“

„Auf Grund der mir in der Sitzung des
Ministerrates vom 21. Juni 1922 erteilten Er-
mächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines

3874

119. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 27. Juni 1922.

Bundesgesetzes, betreffend Erhöhung der Zuschüsse zu den Provisionen der Bergwerksbrüderladen (1035 der Beilagen), mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 23. Juni 1922.

Richard Schmitz."

"Auf Grund der mir in der Sitzung des Ministerrates vom 14. Juni 1922 erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend die Gewährung von Unterstützungen an die bei den Ausschreitungen in Innsbruck am 5. und 6. Dezember 1919 geschädigten Personen (1036 der Beilagen), mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf im Sinne des Artikels IV, Absatz 2, des Bundesfinanzgesetzes vom 21. Dezember 1921, B. G. Bl. Nr. 726, als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 16. Juni 1922.

Der Vizekanzler als Leiter des Bundesministeriums für Inneres und Unterricht:

Dr. Frank."

"Das Bundeskanzleramt beehrt sich, in der Anlage namens der Bundesregierung eine Ausfertigung des Handelsübereinkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn (1037 der Beilagen) samt erläuternden Bemerkungen mit dem Ersuchen zu übermitteln, diese Vorlage im Sinne des Artikels 50 des Bundes-Verfassungsgesetzes der weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung durch den Nationalrat zuführen zu wollen.

Wien, 23. Juni 1922.

Seipel."

"Auf Grund der mir in der Sitzung des Ministerrates vom 29. Mai 1922 erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend die Beteiligung des Bundes an der „Industriewerke Fischamend G. W. A.“ (1038 der Beilagen), mit dem Ersuchen zu übermitteln, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 19. Juni 1922.

Der Bundesminister:

E. Kraft."

Auf Grund der mir in der Sitzung des Ministerrates vom 23. Juni 1922 erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes über die Fortsetzung der mit dem Abbau der Lebensmittelzuschüsse des Bundes zusammenhängenden Fürsorgemaßnahmen (II. Novelle zum Abbaugesetz) (1039 der Beilagen) mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 27. Juni 1922.

Der Bundesminister:

Ségur."

"Ich beehre mich, den im Ministerrat vom 26. Juni l. J. beschlossenen Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend die Bezüge der Bundesangestellten (Besoldungsnachtragsgesetz) (1040 der Beilagen), als Vorlage der Bundesregierung mit dem Ersuchen um schleunigste Behandlung zu übermitteln.

Wien, 27. Juni 1922.

Der Bundesminister:

Ségur."

"Auf Grund der mir in der Sitzung des Ministerrates vom 26. Juni l. J. erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Errichtung einer österreichischen Notenbank (1041 der Beilagen), mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 27. Juni 1922.

Der Bundesminister:

Ségur."

Präsident: Diese Vorlagen werden geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Hohes Haus! Gemäß § 33 Geschäftsordnung werde ich eine Umstellung der Gegenstände der heutigen Tagesordnung in der Weise vornehmen, daß die Vorlage über den unlauteren Wettbewerb als letzter Punkt gereiht wird. Das entspricht auch dem Beschlusse der letzten Obmännerkonferenz, daß wegen der Behandlung dieses Gesetzes vorher noch Parteibesprechungen stattfinden sollen. Wird dagegen ein Einspruch erhoben? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall, ich werde daher in diesem Sinne vorgehen.

Vor Eingehen in die Tagesordnung erteile ich dem Herrn Bundeskanzler Dr. Seipel das Wort.

Bundestanzler Dr. Seipel: Hohes Haus! Bewegte Tage liegen hinter uns. In ihnen hat die österreichische Republik eine Kraftprobe überstehen müssen, die auszuhalten wohl die meisten ihr gar nicht zugetraut hätten. Ein allgemeiner Verkehrsstreik hat über zwei Tage gedauert. Man wird sich gewiß in unserem Lande und weit über die Grenzen unseres Landes hinaus gefragt haben, ob wir in den schweren Zeiten, in denen wir ohnehin leben, gerade erst am Anfang einer mit Anstrengung aller Kräfte in Angriff genommenen Sanierungsaktion eine derartige Erschütterung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens notwendig hatten. Ich empfinde es daher als Pflicht, hier im hohen Hause ein paar Worte über den Ausbruch, den Verlauf und die Beendigung des Verkehrsstreiks zu sprechen. Ich höre ja, daß man selbst in den Kreisen jener, die den Streik mitgemacht haben, nicht überall gewußt hat, warum eigentlich gestreikt wird, worum es sich dabei handelte. Die tiefere Ursache des Verkehrsstreiks lag in einer Einrichtung, derzufolge die Beziehungen zwischen unserem Staate und seinen Angestellten eigentlich sogar schlechter geordnet waren als die Beziehungen zwischen einem privaten Betrieb und seinen Angestellten und Arbeitern geordnet zu sein pflegen. In den privaten Betrieben hat man die Kollektivverträge, durch die wenigstens für einige Monate die Bezüge der Arbeiter geregelt sind. Der Bund aber wird ununterbrochen zu neuen Lohnverhandlungen gezwungen. Zwar wurde im Frühjahr des vorigen Jahres ein neues Besoldungsgesetz geschaffen. Aber es zeigte sich bald, daß diese Bezüge, die durch dieses Besoldungsgesetz den Bundesangestellten zugewiesen wurden, nicht ausreichten. Mußten wir doch eine schreckliche Teuerungswelle nach der andern über uns ergehen lassen. Es mußten immer wieder Zuschläge und Mehrzahlungen geleistet werden. Das Parlament konnte dem selbstverständlich nicht dadurch nachkommen, daß es durch seine Gesetze immer diese Mehrzahlungen regelte. Und da hat man es eine Zeit lang versucht, dem Hauptausschuß diese Regelung zu übertragen, der ja für eine Kategorie der Bundesangestellten, nämlich für die Bundesverkehrsangestellten, verfassungsmäßig wirklich dafür kompetent ist. Aber sowohl Regierung als auch Hauptausschuß haben mit der Zeit gefunden, daß auch diese Art, die Bezüge zu regeln, nicht praktisch ist. So bildete sich der Brauch heraus, daß die Regierung selbständig vorging oder vielmehr, daß die Angestellten immer wieder, wenn sie eine neue Teuerung dazu drängte, kamen, um von der Regierung Mehrzahlungen zu verlangen. Und allmählich kamen sie nicht nur bei solchen besonderen Anlässen, sondern es wurde von Monat zu Monat, ja mehrmals innerhalb des Monats verhandelt. Daß das kein guter Zustand ist, das, meine sehr verehrten Frauen und Herren, liegt auf der Hand.

Die Regierung war immer wieder mit den Angelegenheiten der Bundesangestellten beschäftigt und es ging fast keine Woche vorüber, ohne daß derartige Verhandlungen gepflogen werden mußten. Eine Reihe von Bundesangestellten war von Regierung wegen immer damit beschäftigt, diese Verhandlungen zu führen, noch viel mehr Angestellte mußten als Vertreter der Angestellten diese Verhandlungen führen und so hat sich eine große Anzahl von Bundesangestellten mit den Fragen der Angestellten beschäftigt, während sie doch dazu bestimmt gewesen wären, in den verschiedenen Ämtern und Betrieben die Aufgaben zu erfüllen, die ihnen die Staatsverwaltung zuweist.

Die Unsicherheit in den Bezügen, der Umstand, daß es nach und nach keinen bestimmten Termin mehr für die Anweisung der Bezüge gab, daß man dazu kam, zweimal, dreimal und im Monate Juni sogar fünfmal Auszahlungen an die Bundesangestellten vorzunehmen, führte dazu, daß die Bundesangestellten notgedrungen auch das Rechnen, das Wirtschaften mit ihren Bezügen verlernt haben. Man konnte ja immer wieder erwarten: Es wird schon noch einmal im Laufe dieses Monats eine Auszahlung erfolgen. Im Monat Juni standen wir wieder davor, daß solche Mehrzahlungen zunächst durch die Regierung bewilligt werden sollten. Aber es hatten sich doch die Verhältnisse in der letzten Zeit schon geändert. Man mußte sich sagen, daß endlich einmal eine einheitliche Regelung erfolgen müsse. Man hat hiezu den sogenannten Index gewählt, um nach diesem die Steigerung in den Bezügen der Bundesangestellten zu bestimmen, ähnlich wie dies bei den Industrieangestellten und -arbeitern schon der Fall war. Aber die Regierung war nicht kompetent, Zusagen in dieser Beziehung zu machen. Eine gesetzliche Festlegung des Index für die Berechnung der Bezüge der Bundesangestellten gab es ja nicht. Man hat sich damit begnügt, eine nachträgliche Indemnität für solche ohne gesetzliche Grundlage geleistete Zahlungen zu verlangen. Es liegt dem hohen Hause auch ein solches Indemnitätsgesetz vor, das von der früheren Regierung eingebracht wurde.

Nun standen wir vor etwas mehr als einer Woche vor einer schwierigen Lage. Die von der gegenwärtigen Regierung in Angriff genommene Sanierungsaktion war begonnen und wir waren einem völligen Zusammenbruch unseres Geldwesens ausgewichen, als infolge der ersten Schritte, die zur Gründung einer neuen Notenbank gemacht wurden, sich das Vertrauen zu unserem Staate und seiner Wirtschaft doch wieder ein wenig gehoben hatte. In diesem Augenblick nun handelte es sich wieder einmal darum, den Bundesangestellten Mehrzahlungen zu gewähren.

Es hat sich herausgestellt, daß die Indexziffer eine Höhe erreicht hatte, wie nie zuvor, und

es wurden dementsprechend hohe Forderungen von den Bundesangestellten erhoben. In diesem Augenblicke hat die Regierung angesichts dieser Forderung, die sie zu erfüllen ja nicht verpflichtet war, denn auch die früheren Regierungen hatten den Forderungen immer nur mit dem Zusatz anerkannt, soweit es innerhalb der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates liegt — an die Bundesangestellten den Appell gerichtet, auf einen Teil der Bezüge zu verzichten, die sie streng genommen auf Grund der Forderungsziffer sich hätten errechnen können. Die Bundesangestellten haben diesem Appell entsprochen, aber nicht alle haben sich in dem Maße bereit erklärt, einen Nachlaß von ihren Forderungen zu gewähren, das in dem damaligen Augenblicke der Regierung unumgänglich notwendig erschien, und deswegen hat damals die Regierung erklärt, sie könne nur auf zwei Mehrzahlungen von je fünf Märzbezügen eingehen und auf keine höheren. Inzwischen ist auf den ersten Schritt zur Sanierung unserer Staatsfinanzen ein zweiter erfolgt.

Dem hohen Hause ist der Finanzplan vorgebracht worden und es fand die erste Aussprache über ihn statt. Die Regierung hatte in der ersten Rundgebung zu den Forderungen der Staatsangestellten im Monat Juni erklärt, ob sie den Bundesangestellten würde noch mehr geben können oder nicht, das hänge von der Aufnahme ihres Finanzplanes ab. Als nun dieser Finanzplan eine verhältnismäßig gute Aufnahme gefunden und damit die Regierung die moralische Sicherheit gewonnen hatte, es werde gelingen, den Finanzplan und damit hoffentlich doch auch die Rettung unserer Staatswirtschaft durchzuführen, hat sie sich in neue Verhandlungen mit den Bundesangestellten eingelassen und es war nun die Frage, wieviel die Bundesangestellten noch nachbezahlt erhalten sollten. Von den verschiedenen Organisationen sind verschiedene Forderungen und Wünsche erhoben worden. Die Regierung hat sich gesagt, daß eine Kategorie von Bundesangestellten, nämlich jene, die für eine Familie zu sorgen hat, und zwar in einem Ausmaß, das der Größe der Familie entspricht, von der Teuerung besonders betroffen ist, und sie hat daher den Bundesangestellten angeboten, eine Nachzahlung von nochmals zwei Märzbezügen und außerdem eine bedeutende Erhöhung der Familienstandgebühren und Kinderzulagen zu gewähren. Da hat aber eine Organisation der Bundesangestellten sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Höhe der Nachzahlungen die nachgelassen werden sollten, genau auf Heller und Pfennig nach jener Forderung bemessen werden sollte, die diese Angestelltenorganisation aufstellte. Hierüber ist tagelang verhandelt worden. Man ist schließlich zu einer Vereinbarung nicht gekommen und nun stand die Regierung auf dem Standpunkte, daß die Verhandlungen mit den Organisationen

ihrer Angestellten doch nur den Zweck haben können, festzustellen, was für die Angestellten notwendig oder erträglich ist, daß es aber dann, wenn schließlich eine Differenz übrig bleibt, Sache der Bundesregierung sein muß, zu entscheiden, welche Bezüge die Angestellten bekommen. In der Tat hat es sich bei der Differenz nicht um Beträge gehandelt, die irgendwie die Existenz eines Bundesangestellten hätte gefährden können. Die Verheirateten, die Familien-erhalter haben vielfach sogar mehr bekommen, als es nach der strengen Forderung der oben genannten Organisation hätte der Fall sein müssen, und wenn die Ledigen um einen Märzbezug weniger bekommen, als sie es sich gewünscht hätten, wenige Tage vor dem Monatsersten, so konnte kein Mensch auf der Welt annehmen, daß sie dadurch wirklich in ihrer wirtschaftlichen Existenz zugrunde gerichtet würden. (Abgeordneter Dr. Bauer: Worum hat es sich der Regierung gehandelt?) Ich werde Herr Dr. Bauer sofort auf diese Frage antworten. Für die Regierung handelt es sich um die Frage, wer in einem solchen Differenzfalle die letzte Entscheidung zu treffen habe. (Lebhafte Zustimmung. — Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich um die Frage, ob wir aus diesem Österreich wieder einmal einen wirklichen Staat machen können, der auch eine Staatsautorität hat. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen. — Anhaltende lebhafte Zwischenrufe.)

Präsident (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe.

Bundeskanzler Dr. Seipel: Das ist aber ein ideales Gut, das höher einzuschätzen ist als eine Differenz von einem halben oder ganzen Märzbezug. (Abgeordneter Seitz: Heilige Einsicht! — Abgeordneter Forstner: Es sind doch zwei Vertragsparteien! — Zwischenrufe.) Es handelt sich hier um noch etwas anderes. Ich will jetzt nicht die Frage aufwerfen, ob ein Streik bei den Bundesangestellten, namentlich in so schwierigen Zeiten, wie es die gegenwärtigen sind, überhaupt berechtigt ist. (Zustimmung. — Abgeordneter Seitz: Darüber werden natürlich Sie zu urteilen haben! — Anhaltende Zwischenrufe.) Aber das eine muß ich hier feststellen: Auch Ihre Parteigenossen in der ganzen Welt sind einig darüber, daß der Streik nur als äußerstes Mittel angewendet werden darf (lebhafter Beifall und Händeklatschen), wenn kein anderes Mittel mehr zur Verfügung steht, und wenn es sich wirklich um Lebensinteressen jener handelt, die da eben zu dem letzten, äußersten Mittel greifen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen. — Anhaltende Zwischenrufe. — Abgeordneter Dr. Bauer: Es handelt sich um das Recht der Organisation!)

Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.

Bundeskanzler Dr. Seipel: Es hat sich aber zugestandenemassen für die Bundesangestellten nicht um ein Lebensinteresse gehandelt und es war vor allem nicht das äußerste Mittel notwendig. Sie hätten ja sehr viele andere Mittel. Schon in ihrer ersten Rundgebung, als die Streikgefahr drohte, hat die Regierung darauf hingewiesen, daß die letzte Entscheidung in solchen Streitfällen dem Nationalrate zustehe. Jene Organisationen hätten ja die Möglichkeit gehabt, sich durch die politischen Vertreter, die ihnen nahestehen, an den Nationalrat zu wenden. Sie hätten hier einen Beschluß des Hauses hervorrufen können, durch den die Regierung verpflichtet worden wäre, die Forderung der sozialdemokratischen Bundesverkehrsangestellten zu erfüllen. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, sich mit den parlamentarischen Parteien zusammenzusetzen und die Mehrheit für einen solchen Beschluß zu gewinnen und sie hätten einer widerspenstigen Regierung gegenüber in diesem Hause auch den Mißbilligungsantrag stellen können. Diese Mittel wurden nicht angewendet, mit ihrer Umgehung haben sie zum Streik gegriffen. (*Zwischenrufe des Abgeordneten Seitz.*) Über diese Frage glaube ich, brauchen wir nicht mehr zu streiten, daß der Streik nur als äußerstes Mittel hätte zur Anwendung kommen dürfen.

Wenn nun ohne Rücksichtnahme auf die gefährdete Lage des Staates, obwohl es sich nicht um das Lebensinteresse der Bundesangestellten handelte, zu diesem äußersten Mittel gegriffen wurde (*Zwischenrufe*), dann war dieser Streik ein mutwilliger und leichtfertiger Streik, den ich von diesem Plaze aus vom Standpunkte der Regierung nur auf das schärfste verurteilen kann. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Widerspruch und Zwischenrufe.*)

Damit habe ich zugleich die Aufklärung gegeben, warum die Regierung auch dann, als die Streikdrohung ausgesprochen und als der Streik selbst ausgebrochen war, nicht nachgeben konnte, ihren Standpunkt nicht verlassen durfte. Es war uns aber in den Tagen dieser Verhandlungen klar geworden, welches Übel es ist, wenn die Bezüge der Bundesangestellten immer wieder Gegenstand von Verhandlungen zwischen ihnen und den Regierungen sind. Deshalb haben wir noch an dem Abend, an dem der Streik ausgebrochen ist, den Standpunkt eingenommen, die Regierung müsse die Angelegenheit vor das kompetente Forum dieses Hauses verweisen und wir haben angekündigt, daß wir in der ersten Sitzung — natürlich nach Abbruch des Streiks — dem Hause ein Gesetz über die Regelung der Bezüge der Bundesangestellten vorlegen würden. Daß wir den Angestellten des Bundes nicht feindlich gegenüberstehen, daß wir für ihre Not auch Verständnis besitzen, haben wir schon in der vorigen Woche gezeigt, als wir an sie den

Appell richteten, freiwillig auf einen Teil der Bezüge zu verzichten, um den Staat retten zu helfen, den sie ja nicht zugrunde richten dürfen, wenn sie nicht ihre eigene Existenz untergraben wollen. (*Zustimmung.*) Dasselbe haben wir auch durch die Einbringung dieses Gesetzes gezeigt, indem wir die Indexberechnung akzeptierten, und zwar einfach aus dem Grunde, weil wir es eben für unerträglich ansehen, daß die Regierung und vielleicht auch das Parlament immer wieder durch die Lohnforderungen der Angestellten lahmgelegt werden. Deswegen haben wir auch großes Gewicht darauf gelegt, daß der Gesetzentwurf, den wir ihnen vorlegen, alle Fragen der Mehrzahlungen an die Bundesangestellten möglichst eindeutig regle, daß nicht mehr von Ermächtigungen, von Möglichkeiten für die Regierung darin die Rede sei, damit es nicht wieder zu den so schädlichen und schließlich die Staatsautorität gefährdenden Verhandlungen kommt, die leidenschaftliche Gemüter schließlich dazu ausnutzen, um durch einen Streik den Staat an den Rand des Abgrundes zu bringen.

Wenn ich hier von dem Gesetzentwurfe rede, in welchem die Indexberechnung anerkannt ist, dann könnte allerdings vielleicht dagegen ein Bedenken erhoben werden, daß die Regierung einen solchen Entwurf jetzt vorlegt. Man könnte nämlich sagen, ein solcher Entwurf werfe vielleicht den ganzen Sanierungsplan um, indem er den Bund der Gefahr aussetze, daß er schließlich Bezüge für die Angestellten würde zahlen müssen, die wirklich seine finanzielle Leistungsfähigkeit übersteigen. Jenen, die so urteilen, kann ich nur antworten: Die Antwort auf die Frage, die in diesem Urteil enthalten ist, hängt natürlich mit der Gesamtauffassung von unseren Zukunftsaussichten zusammen. Ja, wenn wir so pessimistisch denken, daß wir glauben, trotz aller Sanierungsaktionen würde der Index doch immer nur eine steigende Tendenz aufweisen können, dann müßten wir verzweifeln. Wenn aber ein solcher Fall wirklich eintreten sollte, dann schützt natürlich auch kein Gesetz, das die Indexberechnung anerkennt, die Angestellten des Bundes, dann würde in irgendeinem Zeitpunkte der Bund überhaupt nicht imstande sein, irgend welche Zahlungen zu leisten. (*Zustimmung.*) Wer aber unsere Zukunftsaussichten so ansieht wie ich und die Regierung, die jetzt im Amte ist; wer hofft, daß, wenn alle zusammenhelfen, unser Staat und seine Wirtschaft gerettet werden kann, der hat eben die Überzeugung, daß es auch einmal, und zwar in möglichst naher Zeit, zu einer Periode kommen wird, in der nicht mehr eine Steigerung der Lebensmittelpreise für die Indexberechnung in Betracht kommt, eine Periode des fallenden Index. Und sehen Sie: weil ich vom fallenden, vom negativen Index rede, so kann ich hier wieder auf einen Umstand aufmerksam machen, der beweist, daß die Regierung die Bedürfnisse

der Angestellten wohl zu würdigen weiß. Wir wissen, daß in der ganzen Kriegszeit und Nachkriegszeit, trotzdem die Zahlungen für die Staatsangestellten Höhen erreicht haben, die für den Staat schon fast unerträglich waren, der Not der Staatsangestellten natürlich nicht vollkommen gesteuert werden konnte. Deswegen billigen wir in dem neuen Gesetze den Bundesangestellten für die Zeit einer Verbilligung der Lebenshaltung zu, daß die Kurve, in welcher sich die Senkung der Bezüge ausdrücken soll, weniger steil verlaufe als die Kurve, die durch den negativen Index angedeutet ist, daß also die Bundesangestellten durch eine Reihe von Monaten — der Gesetzentwurf nimmt als Endtermin den 1. Mai 1923 an — auch wenn sich die Lebenshaltung verbilligt, noch eine gewisse Atempause haben, dann etwas mehr bekommen, als gerade nur zur Fristung des Lebens notwendig ist, damit sie die lange unterlassenen Nachschaffungen an Kleidern, Wäsche u. dgl. nachholen können.

Hohes Haus! Wir werden, wenn das hohe Haus sich auf den Standpunkt der Regierung stellt und das neue Gesetz über die Bezüge der Bundesangestellten ehestens erledigt, natürlich für den Augenblick in eine schwierige Lage kommen, weil dieses Gesetz neue Forderungen an die Staatskasse stellt. Deshalb legt der Finanzminister, nachdem er die genauesten Berechnungen angestellt hat, alles Gewicht darauf, daß das hohe Haus mit möglichster Beschleunigung alle wesentlichen Teile des von ihm vorgelegten Finanzplanes erledigt. Geschieht dies, dann hofft er auch über die Schwierigkeiten, die sich aus dem neuen Gesetz über die Bezüge der Bundesangestellten ergeben werden, hinwegzukommen, dann hofft er, uns zusichern zu können, daß dieses Gesetz die Erfüllung unseres Rettungsplanes nicht unmöglich macht.

Freilich werden wir auch in Zukunft nicht nur an die übrigen Staatsbürger, sondern auch an die Bundesangestellten und die Bundesverkehrsangestellten den Appell richten müssen, daß sie werktätig mithelfen an der Rettung unseres Vaterlandes. Wir werden nicht mehr an sie den Appell richten, etwas von jenen Bezügen nachzulassen, die ihnen nach dem Index zukommen; aber, daß sie durch genaueste Einhaltung der ihnen obliegenden Arbeitszeit, durch strengste Pflichterfüllung dem Vaterlande wieder aufhelfen, daß sie die Opfer, die die anderen Bevölkerungsschichten bringen müssen, dadurch erträglicher machen, daß sie ihnen zur Verfügung stehen und daß sie ihnen den Verkehr mit den Ämtern und die Benützung der Bundesbetriebe erleichtern.

Wir werden vielleicht, wenn wir im weiteren Verlauf unserer Sanierungspolitik von anderen Berufsständen außerordentliche Opfer werden verlangen müssen (*Rufe: Bei den Bauern!*), an die Bundesangestellten und die Arbeiterschaft herantreten

und an sie appellieren, daß sie auch ein Opfer bringen, indem sie für das Vaterland zu den schon bestimmten Arbeitsstunden noch eine andere hinzufügen. Wenn sie dies tun, wenn auf ihrer Seite ein solcher Opfermut vorhanden ist, dann wird gewiß auch bei den anderen Ständen der Bevölkerung der Eifer, zur Rettung des Vaterlandes beizutragen, immer größer werden. (*Lebhafte Zwischenrufe.*) Dann, hohes Haus, dann haben wir neuen Grund, die Hoffnung auf unsere Zukunft nicht aufzugeben. (*Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident: Zur formalen Geschäftsbehandlung hat sich zum Worte gemeldet der Herr Abgeordnete Sever.

Abgeordneter Sever: Ich stelle den Antrag, über die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers sofort die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Die Damen und Herren haben den Antrag gehört. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Das hohe Haus hat die Eröffnung der Debatte genehmigt. In der Debatte erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Tomšik. (*Abgeordneter Seitz: Kontra!*) Darum ist er ja der erste.

Abgeordneter Tomšik: Hohes Haus! Auch ich bin bemüht, etwas zurückzugreifen, und zwar auf das vorige Jahr und Ihnen ganz kurz die Entwicklungsgeschichte der Besoldungsverhandlungen mit den Staatsbediensteten auseinanderzusetzen, damit Sie begreifen, wieso es im Monate Juni zu diesen Schwierigkeiten gekommen ist. Es ist richtig, daß im Vorjahr allmonatlich immer wieder verhandelt werden mußte. Wir haben aber bei diesen Verhandlungen immer gesehen, daß es gerade die der heutigen Regierung nahestehenden deutschnationalen und christlichsozialen Organisationen gewesen sind, die in jeder Beziehung die größten Forderungen gestellt haben. (*Sehr richtig!*) Die Regierung ist an uns herantreten und hat immer wieder darauf hingewiesen, daß dies und jenes nicht erfüllt werden kann und daß wir doch als größere und stärkere Organisation uns dessen bewußt sein müssen, daß wir auch die Macht besitzen, um unseren Leuten auseinanderzusetzen, was möglich ist und was nicht möglich ist. Aber gerade Ihre Organisationen haben das seit dem vorigen Jahr immer wieder praktiziert und haben immer die größeren Forderungen gestellt, weil sie überzeugt waren, daß sie als die kleinen Organisationen es nicht durchsetzen, ihren Leuten gegenüber aber doch erklären können: Wir haben ja

wollen, wir haben die Forderungen gestellt, aber die größeren Organisationen haben unsere Forderungen nicht vertreten. *(Sehr richtig!)* Das ist seit jeher die Taktik der christlichsozialen und deutschnationalen Organisationen gewesen.

Ich erinnere Sie nur daran, daß es gerade im Monate Mai die deutschnationalen Organisationen, die Akademiker, der Zentralverband usw. gewesen sind, die von diesem Staate, für den jetzt, wie der Herr Bundeskanzler erklärt hat, die Staatsbediensteten ein Opfer bringen sollen, einen Anschaffungsbeitrag — ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Leute es brauchen würden, daß sie es bei ihrer Lage gewiß notwendig hätten — einen Mindestanschaffungsbeitrag von 100.000 K forderten. Nun war es aber klar, daß dieser Staat diese Forderung nicht erfüllen konnte, und wir haben den Mut besessen, dieser mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Staates demagogischen Forderung entgegenzutreten.

Im Juni, in dem eine furchtbare Teuerungswelle wieder eingesetzt hat, betrug die Indexziffer 71 Prozent! Die paritätische Lohnkommission, die diese Indexziffer festgesetzt hat, besteht zur Hälfte aus Arbeitnehmern und zur anderen Hälfte aus Arbeitgebern. Die Arbeitgeber haben das Interesse, möglichst niedrige Richtpreise einzustellen, während die Arbeitnehmer das Interesse haben, daß diese Richtpreise so hoch als möglich angesetzt werden. Es wird also ein Durchschnitt genommen, und wir müssen sagen, daß diese 71 Prozent Index die Teuerung, die da hereingebrochen ist, nicht voll erfaßt haben. *(Zustimmung.)* Es war daher klar, daß die Staatsbediensteten ein Recht auf diese 71 Prozent des Index haben.

Ich möchte da nun etwas über die Opferbereitschaft der Bundesangestellten sprechen. Die Sektion der öffentlichen Angestellten, die der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind, haben im November vorigen Jahres mit der Regierung Verhandlungen geführt. Dabei wurde verlangt, daß die Novemberbezüge als Basis für die Indexberechnung gelten sollen; die Regierung hatte nämlich erklärt: Obwohl auf Grund der Indexberechnung die damalige Grundlage für Ledige 4 und für Verheiratete 4·2 Märzbezüge hätte betragen müssen, sei sie außerstande, diese Grundlage zuzugestehen. Es kam nun eine Vereinbarung aller Organisationen zustande, wonach mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Staates im November die Basis mit 3 und 3·2 festgelegt wurde, nämlich drei Märzbezüge für die Ledigen und 3·2 Märzbezüge für die Verheirateten. Das war ein Übereinkommen, und nachdem die freien Gewerkschaften, die der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind, gewohnt sind, Vereinbarungen zu halten, so haben sie auch diese Basis ihren Mitgliedern gegenüber stets vertreten. Das wurde aber immer schwieriger, weil mit dem

steigenden Index die Differenz durch die Weglassung dieses einen Märzbezuges immer größer geworden ist und im Monate Mai der Verlust bereits drei Märzbezüge betragen hat. Ich frage nun den Herrn Bundeskanzler, ob erst jetzt die Staatsangestellten ein Opfer gebracht haben. War es nicht schon ein Opfer, daß die Staatsangestellten vom November bis Mai auf diese Märzbezüge verzichtet haben? *(Lebhafter Beifall.)* Es ist also nicht richtig, als ob erst jetzt der Herr Bundeskanzler, der Herr Prälat Seipel, mit salbungsvollen Worten den Bundesangestellten Opfer abgerungen hätte. Diese Opfer haben die Staatsangestellten bereits seit November durch Monate hindurch gebracht. Sie sehen also, daß die Bundesangestellten zu Opfern bereit waren, und gerade unsere Organisationen haben sich von allen den verantwortungslosen Elementen beschimpfen lassen müssen — und auch von Ihren Organisationen *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)* — die die Bundesangestellten verheßt haben. So steht die Sache.

Wir haben nun im Mai mit der Regierung Verhandlungen geführt. Ich möchte Ihnen da auch wieder vor Augen führen, wie man bei solchen Verhandlungen leider sehr oft vorgeht. Wir sind gewohnt, wenn es bei Verhandlungen zu Abschlüssen kommt, diese Abschlüsse einzuhalten und sie auch zu vertreten.

Wir haben also im Monate Mai Verhandlungen geführt und da hat die Regierung konzediert, daß diese drei zurückgelassenen Märzbezüge, das heißt die volle Indexauswirkung, endlich im Mai zur Auszahlung gelange, aber nur für den Monat Mai allein als eine einmalige Zuwendung, und es ist auch ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf hier im hohen Hause eingebracht worden, so daß es also im Juni neuerlich zu Verhandlungen über die Indexauswirkung kommen mußte. Sie mögen aber sehen, wie solche Verhandlungen geführt werden! Bei den damaligen Verhandlungen hätte eigentlich diese Auswirkung noch einige Zehntel mehr als drei Märzbezüge betragen, die Regierung hat aber erklärt, daß es ihr unmöglich ist, mehr zu geben, weil hier auch die Familienstandszulage in Frage gekommen ist. Ihre Organisationen haben in erster Reihe die Erhöhung der Familienstandszulagen verlangt und ich möchte da gerade mit Rücksicht auf die Art und Weise, wie die Forderungen von dieser Seite gestellt werden, etwas besprechen. Ich erinnere Sie daran, daß wir im Vorjahr auf dem Standpunkte des Alimentationsprinzips gestanden sind und wir verlangten, daß mit Rücksicht auf die große Notlage, auf das Elend bei den untersten Bediensteten, das Spannungsverhältnis, das im Frieden zum Beispiel bei den Bundesbahnbediensteten 1:5, bei den anderen Bundesbediensteten 1:10

betragen hat, ausgeglichen werde; aber mit Rücksicht auf die große finanzielle Notlage sind wir auf dem Standpunkte gestanden, daß man, so lange nicht den untersten Bediensteten das Existenzminimum gesichert ist, das volle Spannungsverhältnis zwischen unten und oben nicht auswirken lasse, und es ist daher das Spannungsverhältnis, das in der Besoldungsordnung auf 1:3'2 herabgedrückt wurde, durch die Erhöhung der Teuerungszulagen, die für alle gleich bestimmt wurden, bis auf 1:2'6 herabgedrückt worden. Sie können sich an die kolossale Aufregung der Akademiker, an das Wort von der Waschfrau und dem Professor erinnern. Wir sind damals den Forderungen der Akademiker und der geistigen Arbeiter entgegengekommen, haben ihnen aber gesagt: Auch ihr müßt einsehen, daß das volle Spannungsverhältnis nicht hergestellt werden kann — sie sind nämlich auf dem Standpunkte des Leistungsprinzips gestanden — und daß in der Notlage, in der wir uns befunden haben, das Alimentationsprinzip nicht geltend gemacht werden kann; aber damit ihr seht, daß wir auch in der Sache entgegenkommen, haben wir das Alimentationsprinzip nur mehr so weit auswirken lassen, als es damals schon bestanden hat. Was war die Folge davon? Als ein solcher Antrag im Jänner d. J. von ihren Organisationen gestellt wurde, wurde von der Regierung von Haus aus erklärt, es sei unmöglich, das durchzuführen. Das Alimentationsprinzip trat also stärker in den Vordergrund. Wir sind auf dem Standpunkte der Kinderversicherung gestanden, weil wir das Leistungsprinzip in gewissem Sinne nicht verwischen lassen wollten; wir wollten, daß die Kinderversicherung durchgeführt werde, daß der Staat ein Interesse an den Kindern hat, daß sie erzogen und ernährt werden können und so weiter. Ein hohes Interesse an dieser Kinderversicherung wollten wir in erster Reihe und haben auch unsere Leute darauf aufmerksam gemacht, daß wir das Hauptgewicht auf diese Kinderversicherung legen wollen, und daß dann, wenn diese nicht durchgeführt wird, die Familienstandszulagenerhöhung gefordert werden soll. Nachdem nun die Regierung im Juni erklärt hat, diese Kinderversicherung nicht durchführen zu können, sind wir an die Regierung sofort mit der Forderung herangetreten, bezüglich der Familienstandszulagenerhöhung in Verhandlungen einzutreten.

Nun sind wir uns bewußt, daß bei der Familienstandszulage das Verhältnis zwischen einem Verheirateten ohne Kinder und einem Ledigen eigentlich zuungunsten des Ledigen ausfällt, denn jeder, der die Verhältnisse kennt, muß sich sagen, daß der Verheiratete mit seiner Frau billiger lebt, als ein Lediger leben kann, natürlich von den Fällen abgesehen, wo der junge Ledige bei seinen Eltern oder vielleicht bei seinen Verwandten wohnt; aber

auch wenn er bei Verwandten wohnt, kommt er oft schlechter weg als bei fremden Leuten. Tatsache ist, daß der Ledige für alles, was er braucht, für das Herrichten seiner Wäsche, seiner Kleider usw. Extraauslagen hat, während dem Verheirateten das die Frau besorgt und er also viel billiger wegbekommt und besser leben kann. Es war also klar, daß die Unzufriedenheit der Ledigen gegenüber den Verheirateten mit Familienstandszulagen immer mehr zutage getreten ist, und jeder Einsichtige wird zugestehen müssen, daß dieses Petit berechtigt ist und man ihm entgegenkommen soll. Wenn man immer darauf hinweist, daß die jungen Leute ihr Geld verlaufen, so meine ich, daß es, wenn es auf das Saufen ankommt, Verheiratete gibt, die saufen, und ebenso auch Ledige, man also nicht von dem Standpunkt ausgehen kann, daß das nur die Ledigen tun.

Es sind also die Ledigen mit der Forderung an uns herangetreten, daß für sie etwas geschehen soll. Als der Herr Bundeskanzler Seipel dann von uns verlangt hat, daß die Bundesbediensteten mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates neuerlich, um den anderen ein gutes Beispiel zu geben, etwas opfern sollen, damit die anderen Stände sehen, daß die Bundesbediensteten, die mit Rücksicht auf ihre große Anzahl, ihren Gehalt usw. eine Belastung des Staates bedeuten, bereit sind, mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage etwas zu opfern, haben wir uns gesagt, daß wir uns diesem Argument durchaus nicht verschließen wollen, obwohl ich früher ausgeführt habe, daß ja die Bundesbediensteten bereits vom Monate November bis zum Mai gezeigt haben, daß sie opferbereit sind, während wir in dieser Zeit nicht gesehen haben, daß auch die anderen opferbereit sind. Wir hätten einmal gerne gewünscht, daß die anderen Herren mit einem guten Beispiel vorangehen und opferbereit sind, und zwar diejenigen Herren, die diese Opfer eher leisten können als die Bundesbediensteten. *(Beifall. — Zwischenrufe.)* Nichtsdestoweniger haben wir aber den in der freien Gewerkschaft organisierten Bundesbediensteten empfohlen, ein Opfer zu bringen, damit die anderen nicht neuerlich eine Ausrede haben und sagen können, sie sehen bei den Bundesbediensteten keine Opferbereitschaft. Wenn ich die unterste Besoldungsstufe zum Beispiel nehme, so hat ein Bundesbediensteter, wenn er nach der vollen Indexziffer 26 Märzbezüge ausbezahlt bekommen hätte, 166.000 K im Monat, der nicht ständig verwendete Hilfsbedienstete sogar noch um 10 Prozent weniger. Nun frage ich, ob es einem Bundesbediensteten, der nach der Indexauswirkung das Recht auf viel höhere Bezüge hätte, möglich ist, damit das Auslangen zu finden. Allerdings hat ja die Einschränkung bestanden, daß dann, wenn der Staat es nicht leisten kann, nicht die volle Auswirkung des Index Platz

greift. Bei allen solchen Teuerungswellen aber ist es klar, daß sie die Angestellten am schwersten empfinden. Nun soll dem Angestellten zugemutet werden, daß er von einem Betrage von 166.000 K, den er für Juni zu bekommen hätte, 34.000 K zurückstellen soll. Halten Sie es für möglich, daß man in einer solchen Zeit, wo die Teuerung immer weiter schreitet, mit dem Ansinnen eines solchen Opfers an die Leute herantritt? Aber nichtsdestoweniger haben wir ihnen erklärt, sie sollen das Äußerste opfern. Sie haben sich bereit erklärt, ein Opfer von zwei Märzbezügen zu bringen, allerdings mit der Klausel: Wir stunden diesen Betrag und wollen uns nun einmal die Opfer der anderen anschauen und wenn diese Opfer nichts bedeuten, dann werden wir an die Regierung mit der Erklärung herantreten, daß wir dieses Opfer als umsonst gebracht betrachten und werden verlangen, daß diese Beträge ausgezahlt werden sollen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Nun kann ich Ihnen sagen, daß ich heute überzeugt bin, daß, wenn die Bundesbediensteten sich bereit erklärt hätten, ein Opfer von drei Märzbezügen zu bringen, die Regierung Seipel dann auf dem Verzicht von vier Märzbezügen bestanden hätte. *(Lebhafte Zustimmung. — Abgeordneter Seitz: Das ist das Entscheidende!)* Es handelt sich also nicht darum, daß das die äußerste Grenze gewesen wäre, denn ich bin davon überzeugt, daß, wenn wir diesen Verzicht auf drei Märzbezüge ausgesprochen hätten, es dann geheißsen hätte, es müssen unbedingt vier sein. *(Zustimmung und Zwischenrufe.)* Es hat sich also dem Herrn Professor Seipel hauptsächlich um das Prinzip gehandelt. *(Zustimmung.)* Es hat sich darum gehandelt, daß mit den Organisationen nicht verhandelt wird, und ich glaube, jeder einsichtige Unternehmer weiß, wenn er mit Organisationen unterhandelt, mit wem er es zu tun hat, und wenn er nun weiß, hier ist eine starke, große, mächtige Organisation, die, wenn sie einen Vertrag abschließt, ihn auch einhalten kann, wird er sich an diese Organisation halten. Wie war es aber hier? Hier hat der Herr Dr. Seipel an alle diese Anforderung gerichtet. Die anderen haben natürlich erklärt: Wir müssen wissen, was denn die freien Gewerkschaften konzedieren; wir sind bereit, Rückstellungen zu machen. Sie haben sogar erklärt, daß sie fünf Märzbezüge nachlassen wollen; später haben sie das aber abgeleugnet und wir haben bis heute nicht gehört, auf wieviel Märzbezüge die übrigen Organisationen verzichtet haben. Erst dann, als die Regierung erklärt hat, daß es sich um drei Märzbezüge handelt, und erst dann als die Regierung — obwohl wir in den Verhandlungen immer die Erhöhung der Familienstandszulage verlangt haben — selbst die Vorlage, betreffend die Familienstandszulage, ausgearbeitet und sofort

eingebracht hat und diese Zulage mit den Märzbezügen, das heißt mit dem 15fachen Betrag, also vom Index vom Mai ausgehend, indiziert hat — also auch hier bei der Familienstandszulage einen Abstrich gemacht hat —, erst dann ist die Sache so dargestellt worden, daß die Regierung eigentlich mehr gibt als wir verlangen, das heißt noch die Auszahlung dieses einen Märzbezuges. Nun ist das aber vollständig falsch; denn auch wir haben die Indizierung der Familienstandszulage verlangt und die Regierung hat sie uns zugestanden und erklärt jetzt, daß das mehr ist als das, was von uns, nämlich der eine Märzbezug, verlangt wurde. Es wurde eben beides verlangt. Der eine Märzbezug und die Familienzulagenerhöhung. Nun hat die Regierung das herausgegeben. Es ist klar, daß hauptsächlich die unteren Stufen und die Bedigen für die das in der untersten Gehaltsstufe einen Verzicht von 20.400 K bedeutet hat, erklärt haben: Das ist unerträglich. Wir haben ohnedies freiwillig erklärt, zwei Märzbezüge nachzulassen.

Trotz dieser freiwilligen Erklärung hat die Regierung einfach über alle Verhandlungen hinweg diktiert. Nun bitte, sie hat als Prinzip aufgestellt: Die Regierung hat allein darüber zu entscheiden, wieviel Märzbezüge ausgezahlt werden sollen. Da muß man schon sagen: Mit dieser Erklärung wäre das Mitbestimmungsrecht der Organisationen in Lohnfragen ausgeschaltet. *(Beifall und Händeklatschen.)* Das können eventuell christlichsoziale und deutschnationale Organisationen vertragen, aber eine freie Gewerkschaft kann das nicht vertragen. Und dann frage ich Sie: Wie benehmen sich denn die christlichsozialen Organisationen gegenüber der Gemeinde Wien? Da verlangen sie das Mitbestimmungsrecht, da wollen sie mitverhandeln. Nicht wahr? Und während der Bundeskanzler Seipel den Streik ganz ungerechtfertigterweise verurteilt, sind es gerade Sie, die zum Straßenbahnerstreik heizen. *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Nun hat es der Herr Bundeskanzler Seipel für notwendig befunden, uns auf den, wie soll ich sagen, obersten Grundsatz unserer Gewerkschaftsorganisation aufmerksam zu machen, daß das Mittel des Streiks nur in den äußersten Fällen angewendet werden soll. Das wissen wir auch. Ich werde Ihnen auch sagen, ob es hier nicht ein äußerstes Mittel war und ob ich nicht versucht habe, Sie noch im letzten Moment aufmerksam zu machen, ob denn dieses Diktat notwendig ist und ob Sie gerade darauf bestehen müssen. Hier hat es sich ja darum gehandelt, daß ein freiwilliges Opfer gebracht werde. Zwei Märzbezüge sind zurückgestellt worden und Sie haben drei diktiert! So stehen die Verhältnisse. Es kann also nicht von einem Diktat seitens der Organisationen gesprochen werden *(Zustimmung)*, sondern die Organisationen sind ersucht worden, ein Opfer zu bringen. Sie haben empfohlen,

daß diese zwei Märzbezüge zurückgestellt werden. Ist das ein Diktat gewesen? Nein! Ihre Bestimmung war ein Diktat. *(Sehr richtig!)* Daß Sie nämlich dieses Opfer nicht zur Kenntnis genommen, sondern auf drei bestanden haben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* — Abgeordneter Zelenka: *Das war eine Lumperei an den armen Angestellten!*

Präsident Dr. Dinghofer *(welcher während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat)*: Herr Abgeordneter Zelenka, ich rufe Sie wegen dieses Ausdruckes zur Ordnung! *(Zwischenrufe.)*

Abgeordneter Tomschik *(fortfahrend)*: Nun habe ich ja den Herrn Bundeskanzler auf die schwierige Lage, in der wir uns befinden, aufmerksam gemacht. Und da frage ich Sie: Ist es nicht eine schwierige Lage, wenn Sie in einer solchen Zeit den Verzicht auf einen solchen Betrag verlangen? Wir haben den Leuten ja auch im Monat April sagen müssen, als der Index 1'09 war, und sie mehr verlangen wollten, da die Teuerungswelle, am 14. einsetzend, im Index nicht mehr berücksichtigt worden ist. Nein, der Index gilt für uns, wir haben diesen Index zugestanden und wenn er jetzt 1'09 ergibt, müssen wir ihn anerkennen; wenn er steigen wird, werden wir für die volle Auswirkung des Index eintreten. Das mußten wir doch tun und jetzt mußten wir bei der neuen Teuerungswelle vor die Leute hintreten und ihnen sagen: der Index hat zwar ausgewirkt, aber ihr müßt jetzt Opfer bringen. Und das haben wir trotzdem getan, um den guten Willen in dieser Richtung zu zeigen. Damit hätte die Regierung zufrieden sein können und hätte sich nicht auf den Zustandstandpunkt stellen und den dritten Märzbezug in Abzug bringen sollen. Es ist also nicht ein Zustandstandpunkt der freien Gewerkschaften, sondern ein Zustandstandpunkt des Herrn Prälaten Seipel gewesen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, wir haben den Streik leichtfertig vom Zaune gebrochen. Er hat erklärt: Um was ist der Streik gegangen? Um einen Märzbezug! Ja, gilt das für ihn nicht genau so wie für uns? *(Zustimmung.)* Es ist um einen Märzbezug gegangen, und wenn der Herr Bundeskanzler pflichtbewußt genug gewesen wäre, hätte er sagen müssen: ich kann diesen Staat deshalb nicht in Gefahr bringen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Er hätte dieses Pflichtbewußtsein noch eher haben müssen, als daß ich von den Bediensteten mit den niedrigsten Löhnen verlangen soll: nicht 12.000 K hast du zu opfern, sondern 20.000 K müßt du opfern. Kann ich von dem, der Not und Elend hat, verlangen, daß er diese Einsicht aufbringen soll, oder kann ich diese Einsicht von dem Herrn Bundeskanzler verlangen? *(Zu-*

stimmung.) — Abgeordneter Seitz: Was Sie Gefahr des Staates nennen, ist eben für Herrn Seipel keine Gefahr! — *Beifall.)*

Um was ist es nun gestanden? Ich glaube, niemand von Ihnen kann mir den Vorwurf der Demagogie machen. *(Zwischenrufe.)* Ich habe Beweise genug gebracht, daß ich auch gegenüber der Masse nur das spreche, was ich innerlich fühle, ohne mich demagogischer Mittel zu bedienen. *(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)* Ich habe mich wiederholt beschimpfen lassen müssen; bei unseren Leuten hat es bei vielen Anlässen immer geheißen: Da kommt er schon wieder, der Bremser, während Ihre Leute die höheren Forderungen gestellt haben, obwohl sie hätten wissen müssen, daß sie nicht zu erfüllen sind. Sie sehen also, mir kann man nicht zumuten, daß ich aus rein demagogischen Gründen einen Streik vom Zaune breche, sondern die Sektion der öffentlichen Angestellten mußte sich sagen: Ist die Angestelltenschaft in der Lage, das ertragen zu können oder nicht, wenn wir ihr dieses Opfer zumuten? *(Abgeordneter Wunsch: Darum hat sich aber die Regierung auch gefragt, ob sie es ertragen kann oder nicht! — Zwischenrufe.)* Sie sehen ja nun, um was es gegangen ist. Es hat sich nicht nur um den einen Märzbezug gehandelt, sondern es hat sich darum gehandelt, ob der Index endlich anerkannt oder nicht anerkannt wird. *(So ist es!)* Die Bediensteten waren der Anschauung: Jetzt Opfer, im Juli Opfer, dann wieder Opfer, sowie diese Opfer vom November an verlangt worden sind. Da war es klar, daß die Angestellten auf dem Standpunkte gestanden sind: das können wir uns nicht gefallen lassen. Und darum sind sie in den Streik getreten. Ich kann Ihnen sagen, wenn auch hier in der Regierungspresse vom „Wiener Tagblatt“ bis zur „Kronen-Zeitung“ und noch weiter hinunter bis zur „Reichspost“ *(Heiterkeit und lebhaftes Zwischenrufe)* in amtlichen Berichten erklärt wird, daß der Streik bedingungslos abgebrochen wurde — Herr Bundeskanzler, das ist eine Lüge! *(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)* — *Zahlreiche Zwischenrufe.)* Das sage ich Ihnen!

Präsident Dr. Dinghofer: Herr Abgeordneter Tomschik, ich muß Sie wegen des Ausdruckes Lüge zur Ordnung rufen. *(Neuerlicher Beifall und Händeklatschen.)* — Rufe: Bravo Tomschik!

Abgeordneter Tomschik: Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler . . .

Bundeskanzler Dr. Seipel: Ich werde antworten!

Abgeordneter **Tomschik**: Ich frage Sie: Haben Sie nicht dem Klubvorstand des sozialdemokratischen Verbandes erklärt, daß ein Gesetzentwurf eingebracht wird . . .

Bundeskanzler Dr. **Seipel**: Gewiß, schon früher!

Abgeordneter **Tomschik**: . . . wenn der Streik abgebrochen wird, daß die und die Dinge darin stehen werden und daß Sie sogar die Kabinettsfrage stellen, wenn diese Dinge nicht durchgeführt werden? Sie haben aber erklärt, der Streik ist bedingungslos abgebrochen worden!

Bundeskanzler Dr. **Seipel**: Ich werde antworten!

Abgeordneter **Tomschik**: Mit solchen jesuitischen Verdrehungen kommen Sie uns nicht mehr! (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.*) Natürlich, heute können Sie sagen: Um einen Märzbezug! Aber die Einbringung der Regierungsvorlage auf volle Auswirkung der Indexziffer bedeutet die Sicherheit der Staatsbediensteten auf diese volle Auswirkung und das ist mehr. Und darum haben wir auch unseren Leuten begreiflich machen können, daß sie den Streik abbrehen sollen. Hätten Sie, Herr Bundeskanzler, in der Finanzausschußsitzung am Freitag eine solche Erklärung abgegeben, dann wäre ich am Samstag in der Lage gewesen, den Leuten beizubringen, daß sie nicht streiken sollen. (*Lebhaft Zustimmung.*) Am Freitag haben Sie aber im Finanzausschuß erklärt, Sie können von der Bedingung nicht abgehen, daß die Regierung nur nach der Finanzlage des Staates vorgehen, also die volle Auswirkung der Indexziffer nicht zugestehen kann. Sind wir also mutwillig in den Streik getreten? Hätten Sie diese Erklärung am Freitag abgegeben, dann wäre der Streik zu verhindern gewesen. (*Lebhaft Zustimmung.*) Es ist nicht unsere Art, um jeden Preis einen Streik zu führen. (*Zwischenrufe.*) Wir haben wiederholt bewiesen und auch den Leuten immer wieder erklärt, es ist keine Kunst, heute einen Streik zu beginnen, sondern viel mehr Kunst ist es, den Leuten einen Streik auszureden. (*Sehr richtig!*) Aber es ist auch der Beweis unserer Stärke, daß, als wir den Leuten auseinanderzusetzen, unter diesen Umständen könne der Streik abgebrochen werden, sie völlig diszipliniert den Abbruch des Streiks vollzogen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Damit haben die freien Gewerkschaften ihre Stärke gezeigt. (*Zwischenrufe.*)

Ich bitte, Herr Bundeskanzler, mir ist bekannt, daß gerade Sie es immer waren, der den vorhergehenden Regierungen . . . (*Lebhaft Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. **Dinghofer**: Ich bitte doch nicht den eigenen Redner fortwährend zu unterbrechen!

Abgeordneter **Tomschik**: Es ist der Regierung nur um die Prestigefrage zu tun gewesen. Die Regierung hat ihr Prestige und die Angestellten haben die Sicherheit ihrer Bezüge. (*Anhaltender lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.*)

Präsident Dr. **Dinghofer**: Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Bundeskanzler Dr. Seipel, ich erteile ihm das Wort.

Bundeskanzler Dr. **Seipel**: Hohes Haus! Der Umstand, daß der Herr Abgeordnete Tomschik Beschimpfungen gegen mich ausgesprochen hat, würde mich natürlich der Verpflichtung überheben, auf seine Ausführungen zurückzukommen. Da es sich aber hier um etwas anderes handelt, als darum ein Redegeplänkel mit dem Herrn Abgeordneten Tomschik abzuführen, nämlich um die Feststellung der Wahrheit, so habe ich mich zum Worte gemeldet.

Meine Herren! Ich rufe die Führer der sozialdemokratischen Fraktion zu Zeugen auf, wie sich die Sache eigentlich verhalten hat. Wir als Regierung haben selbstverständlich auch während des Streiks mit den politischen Parteien zu reden gehabt. Aber wohl eines der ersten Worte, die ich in dieser Sache zu Ihnen gesprochen habe, war, daß ich erklärte, die Regierung könne nicht mit streikenden Bundesangestellten in Verhandlungen treten. (*Abgeordneter Dr. Bauer: Wohl aber mit den Abgeordneten Tomschik und Zelenka persönlich!*) Daß einer der Führer der Gewerkschaft zugleich Abgeordneter ist, setzt ihn natürlich in die Lage, in dieser Eigenschaft auch während eines Streiks einer Verhandlung mit dem Bundeskanzler beizuwohnen. (*Zwischenrufe. — Abgeordneter Seitz: Heiteres in ernster Zeit!*) Ich rufe die Herren von der sozialdemokratischen Partei weiterhin zu Zeugen auf, daß ich, als zum erstenmal die Abgeordneten Tomschik, Zelenka und Schulz einer derartigen Besprechung beigewohnt haben, die Frage gestellt habe, mit wem ich hier eigentlich verhandle. Darauf wurde mir die Erklärung abgegeben, mit dem Vorstande des sozialdemokratischen Klubs (*Hört! Hört! und Zwischenrufe.*) Ich bitte, ich bin noch nicht zu Ende, ich bin noch lange nicht zu Ende. (*Fortgesetzte Zwischenrufe! — Ruf: Das Prestige!*) Auf die Prestigefrage werde ich auch noch zurückkommen. Ich habe den Herren ferner wiederholt Mitteilung von dem gemacht, was die Regierung schon vorher beschlossen hatte. (*Abgeordneter Dr. Bauer: Wann?*) Das ist schon in den Zeitungen gestanden, bevor ich das

erstmal mit den Herren überhaupt gesprochen habe. (*Abgeordneter Seitz: Vor Samstag! — Abgeordneter Dr. Bauer: Was ist in den Zeitungen gestanden?*) Schon im ersten Communiqué der Regierung ist die Verweisung gestanden, daß wir dem Nationalrat als der letzten Instanz die Frage der Beamtengehälter vorlegen wollen. (*Abgeordneter Seitz: Das steht schon in der Verfassung! — Zwischenrufe.*) Herr Abgeordneter Seitz, wenn ich nicht jetzt hier als Bundeskanzler, sondern unten auf meinem Abgeordnetensteige stünde und ebenso die Freiheit zu Zwischenrufen hätte wie Sie, so würde ich Ihnen jetzt zurufen: Weiteres in ernster Zeit! (*Sehr gut!*) Daß ein Bundeskanzler etwas sagen kann, was in ähnlicher Form auch in der Verfassung vorkommt, das ist wohl selbstverständlich und man kann wohl daraus keine böswilligen Folgerungen ziehen. Daß ein Wort, das ein Bundeskanzler sagt oder das ein Regierungskommuniqué enthält, natürlich nach den Umständen zu beurteilen ist, unter denen es gesprochen wird, ist auch eine Selbstverständlichkeit. (*Abgeordneter Seitz: Sie haben aber meine Frage nicht beantwortet, ob Sie am Samstag, als Sie das erstmal gekommen sind, diese Verlautbarung bereits erfolgt war!*) Ich rufe den Herrn Abgeordneten Seitz zum Zeugen dafür auf, daß ich an dem Tage, an dem ich das erstmal mit ihm gesprochen habe, ihm mitgeteilt habe, die Regierung habe die Absicht, ein Gesetz einzubringen, das diese und jene Punkte enthält. (*Abgeordneter Dr. Deutsch: Das war eben der Beginn der Verhandlungen!*) Das war der Beginn der Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Partei, eine Mitteilung an sie. (*Abgeordneter Seitz: Ich mache Ihnen keinen Vorwurf, aber es ist ein Gedächtnisfehler, Sie sind aufgeregt! Am Samstag, wie Sie bei mir waren, war das nicht der Fall!* — *Abgeordneter Dr. Bauer: Das war am Sonntag!*)

Ich habe diese Feststellung hier gemacht, ich komme aber zu weiteren. Bei allen Besprechungen mit den Herren ist immer wieder gesagt worden, daß die Voraussetzung das Abbrechen des Streiks ist. (*Abgeordneter Dr. Bauer: Wer hat gesagt, wir brechen ab?*) Es sind dann am gestrigen Abend die Herren gekommen . . . (*Andauernde Zwischenrufe.*) Wir haben über die Taktik des Vorgehens — gewiß, Herr Dr. Bauer — miteinander gesprochen . . . (*Abgeordneter Dr. Bauer: Na also!*) . . . und haben besprochen, daß, wenn der Streik abgebrochen ist und die Vertreter Ihrer Gewerkschaft kommen werden, wir ihnen ebenfalls Mitteilungen über den Inhalt des Gesetzes machen werden. Und dann heute in der Nacht sind Verhandlungen geführt worden, nachdem Sie zuerst die Erklärung gebracht haben: der Streik ist abgebrochen. (*Abgeordneter Dr. Bauer: Nachdem wir gestern schon den Inhalt des Gesetzentwurfes vereinbart hatten, Wort für Wort!*) Dann wurde über

die einzelnen Punkte gesprochen, dann wurde eine Reihe von Wünschen vorgebracht, von denen ich Ihnen gesagt habe: „Dafür kann ich kein Versprechen übernehmen!“ Etwas anderes dagegen ist es, daß ich den Willen erklärt habe, dieses Gesetz bei den Parteien und in diesem hohen Hause zur Annahme zu bringen. (*Andauernde Unruhe.*)

Nun, meine Herren, ist wiederholt das Wort von der Prestigepolitik gefallen und die Herren glauben Wunder, was sie mir für einen Vorwurf machen, wenn sie mir vorwerfen, die Regierung habe Prestigepolitik betrieben. Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Es handelt sich bei diesem Streik um das Prestige des Staates. (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört! — Zwischenrufe. — Abgeordneter Seitz: Endlich ein wahres Wort!*) Um das Prestige des Staates! Aber was liegt Ihnen denn am Staat, Herr Abgeordneter Seitz?! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen. — Zahlreiche Zwischenrufe. — Abgeordneter Seitz: Das ist die Wahrheit, aber herausgelockt mußte sie werden!*) Das Prestige des Staates ist ein ideales Gut. (*Neuerlicher stürmischer Beifall und Händeklatschen. — Andauernde Zwischenrufe. — Abgeordneter Tomschik: Das Prestige Seipel, nicht des Staates! — Abgeordneter Seitz: Es mußte endlich die Wahrheit gesagt werden!*)

Präsident Dr. Dinghofer: Herr Abgeordneter Seitz, ich bitte, nicht fortwährend zu unterbrechen. (*Andauernde Zwischenrufe und Lärm.*)

Bundeskanzler Dr. Seipel: Hohes Haus! Wenn mir jemand das Wort in den Mund legt, daß ich jetzt vom Prestige Seipel gesprochen habe, dann müßte ich jenen Ausdruck anwenden, denn der Kollege Tomschik gebraucht hat. (*Ruf: Nein, des Bundeskanzlers!*) Ich habe gesagt: Prestige des Staates. (*Lebhafter Beifall. — Abgeordneter Glöckel: Seipel und Staat ist doch nicht dasselbe!*) Habe ich das gesagt? (*Abgeordneter Glöckel: Nein!*) Nun also, reden Sie nicht so!

Hohes Haus! Ich möchte nur vor Ihnen allen noch eine kurze Erklärung abgeben: Eine Prestigepolitik im Sinne einer Politik um das Prestige des Staates werde ich immer führen, weil es sich eben dabei um ein ideales Gut handelt. (*Stürmischer, anhaltender, sich wiederholender Beifall und Händeklatschen. — Beifall und Händeklatschen auf der Galerie. — Stürmische Zwischenrufe und großer Lärm.*)

Präsident Dr. Dinghofer (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe! (*Fortgesetzter Lärm.*) Ich ersuche um Ruhe, ich werde schon selber Ordnung machen! (*Andauernder Lärm.*) Ich bitte, den Vorlesenden sprechen zu lassen, sonst

kommen wir zu keiner Ordnung. (*Andauernder Lärm und Zwischenrufe.*) Es ist unmöglich, daß ich einen Appell an die Galerie richten kann, wenn hier unten ein solcher Lärm ist. Es ist selbstverständlich, daß sich die Galerie jeder Beifalls- und Mißfallsumgebung zu enthalten hat, sonst müßte ich die Galerie räumen lassen. Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Schönsteiner.

Abgeordneter Schönsteiner: Hohes Haus! In dem Moment, als ich mich anschicke, namens der christlichsozialen Partei hier zu der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers Stellung zu nehmen, erinnere ich mich an die erste Sitzung, die die konstituierende Nationalversammlung hier abgehalten hat, und ich erinnere mich insbesondere an ein Wort, das die konstituierende Nationalversammlung ihrer Tätigkeit vorausgestellt hat. Es hat uns damals von der Regierungsbank der Chef der Regierung zugerufen: Arbeiten und nicht verzweifeln! In dem Moment, in dem alles zusammengebrochen war, in dem das ganze österreichische Volk um sein Selbstbestimmungsrecht betrogen war, in dem Moment, in dem wir kein Vertrauen außerhalb dieses Staates mehr gehabt haben, in dem Momente der tiefsten Demütigung, da haben wir uns als obersten Grundsatz gestellt: Arbeiten und nicht verzweifeln. Und während dieser Staat besteht, waren der Momente, in denen wir auf eine Besserung hoffen konnten, manche, und es waren der Momente, in denen wir geglaubt haben, an der Existenzmöglichkeit dieses Staates und dieses Volkes verzweifeln zu müssen, auch manche. Ich meine, es ist keine Übertreibung, wenn wir sagen, es war zu gar keiner Zeit in unserem Staat ein Moment, in dem das Volk der Verzweiflung so nahe war, als der, in welchem die Regierung, die jetzt im Amt ist, die Zügel dieses Staates ergriffen hat. (*Sehr richtig!*) Da war wirklich die Stimmung der Bevölkerung nahe dem Verzweifeln, der Zusammenbruch unserer Geldwirtschaft und damit der Zusammenbruch des Staates fast stündlich zu gewärtigen. Das ist nicht etwas, was wir von Parteiwegen sagen, sondern ich meine, das ist Gemeingut der ganzen Bevölkerung geworden.

Und was hat nun die Regierung, die jetzt getragen ist durch den Willen der Mehrheitsparteien, getan? Sie hat hier versprochen, alles anzubieten, und sie tut es unausgesetzt, sie bietet alles auf, um in diesen Staat Ordnung zu bringen (*Beifall*), um das Vertrauen des Volkes in diesem Staate zu festigen. Sie will die Finanzen sanieren, sie wirbt um das Vertrauen der gesamten Bevölkerung, sie will mit den vorhandenen Mitteln haushalten, um dadurch das Vertrauen des eigenen Volkes in die Lebensmöglichkeit des Staates und des Volkes wieder aufleben zu lassen. Meine verehrten Damen

und Herren! Es ist natürlich in dem Staate nicht anders als in einer Familie. Wer da meint, daß diese Regierung bloß aus Mutwillen zu den Staatsangestellten gesagt hat: „Ich kann euch nicht mehr geben als das, was ich euch zusichere“, der legt dieser Regierung eine Absicht unter, von der sie nicht getragen war, der sagt nicht die Wahrheit, der ist unaufrichtig (*Zustimmung.*) Es ist, so sagte ich, im Staate, wie in einer Familie. Wie in einer Familie, in der Vater und Mutter für zahlreiche Kinder zu sorgen haben; sie hören die Wünsche der verschiedenen Kinder, sie hören sie mit Wohlwollen und der Vater sagt ihnen dann, wenn er außerstande ist, sie zu erfüllen: „Kinder, ihr müßt jetzt gescheit sein; darüber hinaus kann ich nicht. Soviel tue ich, aber wenn ihr mehr verlangt, dann verlangt ihr von mir etwas Unmögliches; ich kann euch nicht mehr geben, ihr ruiniert mich und damit auch euch selbst!“ Und nichts anderes hat diese Regierung getan.

Freilich, da hinein fällt jetzt das Wort von der Prestigepolitik. Hohes Haus! Ich muß sagen, es hat selten im Leben etwas auf mich einen solchen Eindruck gemacht, wie das, daß wir in dem Momente, wo doch, weiß Gott, die Gefahr des Zugrundegehens noch nicht von uns gebannt ist, in einem Moment, in welchem kaum die schwerwiegendsten Entscheidungen für Staat und Volk gefallen sind, uns zusammensetzen und um die Prestigefrage streiten. Der Herr Bundeskanzler hat mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen: es ist selbstverständlich nicht die Prestigefrage des Bundeskanzlers Dr. Seipel, es ist, weiß Gott, nicht die Prestigefrage der christlichsozialen Partei oder der mit ihr verbündeten großdeutschen Partei. Nein. Es ist die Frage, ob es endlich gelingt, in diesem Staate eine Autorität aufzurichten (*Lebhafter Beifall*), nachdem wir alle zusammen fest davon überzeugt sind, daß es ohne Autorität diesen Staat und eine Regierung dieses Staates nicht gibt. (*Zwischenrufe.*) Darum kann ich jetzt wohl sagen: darf man in einem Moment, in dem es sich um die Festlegung einer Autorität dieses Staates handelt, darf man in diesem Zusammenhange von einem Herrenstandpunkte reden? Nein, es ist kein Herrenstandpunkt, es ist nicht richtig, daß jetzt oder in der Zukunft die Organisationen von der Mitbestimmung ausgeschlossen sein sollen. Sie sollen mitreden, sie sollen mitverhandeln. In den Verhandlungen wird man sich bemühen, zu zeigen, daß man bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen ist. Es ist kein Herrenstandpunkt, sondern es ist der Standpunkt des Vaters, der seinen Kindern sagt: „Bis hieher kann ich und darüber hinaus kann ich nicht!“ (*Abgeordneter Seitz: Wenn alle Staatsbürger solche Kinder wären, wie seine Anhänger, dann wäre es gut!*) Freilich, hohes Haus, ich verkenne nicht, daß man es in einer Familie leichter

hat als in dem Staate, der eine Familie ist, in der es so viele widerspenstige Töchter und Söhne gibt. Ich erkenne diese Schwierigkeiten nicht. Aber deswegen stimmt der Vergleich doch, deswegen ist es kein Herrenstandpunkt, es ist auch kein Diktat. Wir wollen nicht diktieren, wir wissen ganz gut — wenn Sie uns fortwährend diese Frage vorlegen — wie weit unsere Macht und wie weit Ihre Macht geht, aber wir wissen auch ganz gut, daß wir in einer Zeit leben, in der weder Sie Ihre Macht, noch wir unsere Macht ganz zur Auswirkung gelangen lassen dürfen, sondern daß wir im Interesse des Staates jeder auf dem Platz, auf den er gestellt ist, von diesem Machtgefühl so viel zurückdrängen müssen, als zur Aufrichtung dieses Staates und zur Sicherstellung der Wohlfahrt dieses Volkes notwendig ist. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Nun, hohes Haus, ist im Zusammenhang mit der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers auch von den Opfern gesprochen worden. Sicher, die Regierung hat von den Angestellten Opfer verlangt; sicher, die Staatsangestellten haben diese Opfer gebracht. Diese Regierung wird — das wissen Sie alle — im gleichen Ausmaße schwere Opfer von den übrigen Schichten der Bevölkerung verlangen *(Zwischenrufe.)*, und wenn die verehrten Herren von der linken Seite dieses hohen Hauses uns fortwährend zürufen, wir sollen das den Bauern sagen, dann seien Sie überzeugt, verehrte Herren, wir sagen es den Bauern; aber wenn es Ihnen wirklich ernst ist mit der Sanierung dieses Staates, wenn es Ihnen wirklich ernst ist um die Sicherstellung des Glückes und der Wohlfahrt dieses Volkes, dann erschweren Sie uns diese Arbeit nicht dadurch, daß Sie die Stände, die herangezogen werden müssen, so behandeln, wie Sie sie in der Vergangenheit und des öfteren auch heute hier in diesem Saale behandelt haben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Halten Sie sich doch vor Augen, verehrte Herren, daß man niemand zu einem Opfer veranlassen kann, wenn man ihm Vorhaltungen macht, wenn man ihn beschimpft, oder sonst etwas tut, sondern nur dann, wenn man ihm begreiflich macht, daß er dieses Opfer bringen muß, weil dieser Teil des Opfers, wenn es ihn noch so schwer trifft, auf ihn fällt, weil er in einer solchen Zeit alles zurückzustellen, sein Bestes herzugeben hat, um mitzuhelfen das Glück und die Wohlfahrt unseres jungen Staates sicherzustellen. Das sagen wir den Bauern, Sie sagen es den Arbeitern, wir sagen es allen, die in unserer Partei vertreten sind, und dann werden wir schon zu einem Ende kommen, das Sie und uns zu befriedigen in der Lage ist. Aber erschweren Sie unsere Arbeit nicht dadurch, daß Sie uns Prügel vor die Füße werfen. Oder meinen Sie, verehrte Herren, vielleicht, daß Sie unseren Zustand dadurch erleichtern, daß Sie die Frage aufwerfen,

wieviel die geistlichen Herren, wieviel die „Schwarzen“ von der Kongrua nachlassen werden? Wenn jeder von seinem Bezüge, den er hat, so viel dem Staate zurückläßt wie die Geistlichen in diesem Staate, dann werden wir zufrieden sein, dann wird die Sanierung in diesem Staate sehr leicht sein. *(Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe.)* Selbstverständlich kann er nicht mehr zurücklassen, kann er nicht auf etwas verzichten, was er nicht einmal hat. Er hat doch Bezüge, von denen er nicht leben kann; die Geistlichen sind vielleicht der einzige Stand, der heute so wenig hat, daß er wirklich hungern muß. *(Zwischenrufe des Abgeordneten Seitz.)* Ich meine, es hat daher gar keinen Sinn und wir erschweren uns die Sanierungsarbeit, zu der Sie ebenso be-rufen sind wie wir, wir erschweren uns diese Arbeit, wenn wir uns solche Dinge vorwerfen und nicht überlegen, ob es nicht einen Moment im Leben unseres Volkes, in der Geschichte unseres Staates, im Werden dieses Staates geben könnte, in dem wir über den Streit des Alltags hinüber uns die Hand reichen und ehrlich arbeiten wollen an der Wiederaufrichtung dieses Staates. Denn wenn alle Schichten der Bevölkerung, aber auch alle Parteien dieses hohen Hauses durchdrungen sind von diesem ehrlichen Willen, erfüllt sind von der Höhe der Mission, mit der sie hier hereingesendet worden sind, dann wird das Wort zur Wahrheit werden: dann werden wir arbeiten und nicht verzweifeln müssen an der Zukunft und an dem Glück unseres ganzen Volkes. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Seitz; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Seitz: Mein Vorredner hat den Vorwurf erhoben, daß man sich in so ernster Zeit hier streitet und so heftige Szenen heraufbeschwöre. Ich sage ihm ganz offen: so wenig ich ihm sonst zustimme — in diesem Punkte, das heißt in der Beurteilung der Frage, ob es notwendig und nützlich war, diese Debatte heute anzuregen, stimme ich ihm vollkommen zu. Ich glaube, es war weder nützlich noch gut, daß der Bundeskanzler die erste Minute, in der der Nationalrat zusammentrat, dazu benutzte hat, um eine Siegerrede zu halten. *(So ist es!)* Wir hätten über das, was er sachlich zu sagen hat, gelegentlich der Beratung des Gesetzes noch genug reden können. Vielleicht wären bis dahin die Leidenschaften etwas gedämpft, die Gemüter etwas kühler geworden.

Überhaupt muß ich sagen: wenn ich irgendein Bedenken gehabt hätte, daß die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften den streikenden Angestellten den Rat erteilen, den Streik abzubrechen,

so wäre es das Bedenken gewesen, das sich leider gerechtfertigt hat, daß die bürgerliche Gesellschaft von den Unternehmervertretern, von den Heißen angefangen bis zu dem letzten Gelben herunter und die bürgerliche Presse Ihrer Partei von der „Reichs-post“ angefangen bis zum letzten Provinzblättchen und die Presse, die von Ihnen, ob so oder so, ob mit Geld oder mit anderem gekauft, Ihre Dienste besorgt, daß diese Menschen und diese Presse heute einen ungeheuren Siegeslärm anschlagen und hochmütig schreien werden: Ihr habt eine Niederlage erlitten, unsere Autorität steht unbestritten, wir sind die Sieger und wir werden Euch jedesmal, wenn Ihr Euch aufmuckt, wieder die Herren zeigen! *(Zwischenrufe.)* Aber von wem ich mir so etwas nicht erwartet habe — das sage ich offen — das ist der Bundeskanzler Seipel. Von ihm hätte ich erwartet, daß er sich eine gewisse Reserve auferlegt, von ihm hätte ich vor allem erwartet, daß er die Worte, die heute in seiner Presse stehen, daß der Streik bedingungslos abgebrochen worden sei, richtig gestellt, daß er wenigstens in diesem Punkt der Wahrheit die Ehre gegeben hätte. Ja, Herr Professor, Sie fühlen sich als Sieger! Da draußen standen hungernde, darbenende Menschen, die am Ende des Monats ohne Gehalt waren, hungernde Menschen, die, wenn sie zu ihrer Familie nach Hause kamen, von ihren Frauen hören mußten, wie das Fleisch, das Stück Fett, das letzte Stück Brot, Gemüse oder was immer es sei, Tag für Tag im Preise steige und sie nicht mehr in der Lage seien, ihnen morgen auch nur dieses dürftige Mahl zu kochen. Da draußen standen tausende Menschen, die auf das Telegramm warteten, das ihnen besagen sollte, daß heute die Auszahlung komme. Und diese darbenenden, diese hungernden Menschen, Herr Professor, Sie haben sie besiegt, wenigstens bilden Sie sich ein, daß Sie sie besiegt haben. Ich werde im Laufe meiner Rede zu einer Richtigstellung dieser Ansicht gelangen. Aber nehmen wir an, Sie seien der Sieger: Ist es edel, ist es klug, ist es vernünftig, heißt es vorsehen, was der morgige Tag bringen kann, wenn Sie heute diesen Sieg feiern? Und glauben Sie nicht, daß man doch auf diesem Platz, auf dem Regierungsplatz, die Pflicht hätte, eher dahin zu wirken, daß die Gegensätze ausgeglichen werden? *(Zustimmung.)* Wäre es Ihnen und Ihrer Stellung nicht angemessener gewesen, heute aufzustehen und dem Hause — wenn Sie schon durchaus reden wollten — zu melden, daß die Angestellten zuerst zwei Märzbezüge geopfert haben und daß sie jetzt drei Märzbezüge opfern? Wäre es nicht angemessener gewesen, daß Sie gesagt hätten: Wir kennen die Not, wir kennen das Opfer, das diese Armen für den Staat gebracht haben, wir danken den Besonnenen, die die Ruhe hergestellt haben, wir anerkennen diese Disziplin, mit der

der Streik abgebrochen wurde, und wir hoffen — von der Regierungsbank sprechen wir diese Hoffnung aus —, daß wir künftig vor solchen Gefahren bewahrt sein werden? *(Zustimmung.)* Wenn Sie schon durchaus reden wollten, wäre es nicht Ihrer würdiger gewesen, für Versöhnung, für Ruhe und für Ausgleich zu wirken, statt sich hieher zu stellen und förmlich zu sagen: die Autorität hat gesiegt! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Ich habe nur eine Entschuldigung dafür und diese eine Entschuldigung ist — ich kann es nicht oft genug sagen —, daß den Herrn Bundeskanzler in der letzten Zeit seine Nerven ein wenig im Stiche lassen.

Nun, meine Herren, er wirft die Frage auf: Warum hat man gestreikt? Und ich folge ihm auf dieses Gebiet. Hat man gestreikt um die 7000 oder 10.000 oder 12.000 K Auszahlung für den Juni? Ich glaube, das wird heute schon niemand mehr annehmen *(Ruf: Nur der Herr Professor Seipel!)*, sondern man hat gestreikt, um ein gerechtes Prinzip, ja um ein schon gewordenes, wenn auch nicht geschriebenes und nicht beim Verfassungsgerichtshof einlagbares Recht der Angestellten zu verteidigen, das Recht, daß jeweils beim Steigen der Preise die Gehälter in der Form des Index entsprechend erhöht werden. Um dieses Recht haben die Beamten gestreikt. Und dieses Recht ist geradezu ein Lebensinteresse der Beamten. Es ist einfach nicht möglich, daß die ganze Last dieses Krieges und dieses Friedensvertrages, daß das ganze Elend Österreichs aufgebürdet werde den Schultern der geistigen und der manuellen Arbeiter. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Es ist einfach nicht möglich, daß sich die Unternehmer, die Agrarier die Händler drücken, daß sich die Kongruempfinger drücken und daß nur ein Stand in diesem Staate, nur eine Klasse in diesem Staate alle Opfer bringt: die geistigen und die manuellen Arbeiter. *(Lebhafte Zustimmung.)* Ihr Recht auf ein gewisses Maß von Existenz, das ihnen durch den Index gesichert ist, das wollten die Beamten wahren. Nun haben die Beamten selbst ein Opfer gebracht und es ist ganz richtig, was mein Freund Tomschik gesagt hat, daß es auf jeden im Laufe dieser Woche den Eindruck machen mußte: Wenn sie gesagt hätten, sie begnügen sich mit 24 Märzbezügen, sie opfern auf dem Altar des Vaterlandes zwei Märzbezüge, so hätte der Herr Professor Seipel erklärt: Nein, ihr müßt drei opfern! Und es ist richtig, was Tomschik sagt: Wenn er erklärt hätte: Ich melde Ihnen, daß wir drei Märzbezüge opfern, so hätte der Herr Professor vier verlangt. *(Sehr richtig!)* So steht es eigentlich. *(Zwischenruf.)* Die Beamten haben ein Opfer gebracht. Was sagen Sie uns aber durch den Mund meines Vorredners? Sie sagen, die anderen Stände werden Opfer bringen. Wäre es

nicht vielleicht ganz hübsch gewesen, wenn der Herr Professor Seipel seine Standesgenossen veranlaßt hätte, zu sagen: Wir bekennen, daß es eigentlich ein Unrecht ist, wenn wir als eine Vereinigung eines Teiles der Staatsbürger, nämlich der der katholischen Kirche Angehörigen, einen so großen Beitrag, eigentlich unsere Existenz von der Gesamtheit, vom notleidenden Staat bestreiten lassen, und wir bringen das Opfer und opfern diese Kongrua, die der arme Staat nicht tragen kann! Haben Sie gehört, daß einer von den Herren auch nur fünf Märzbezüge geopfert hätte? Haben Sie gehört, daß irgend jemand von den Agrariern aufgestanden wäre und gemeldet hätte: Gestern ist beschlossen worden, daß wir dieses oder jenes Opfer bringen? Wo ist die Krone — und wenn es auch nur eine österreichische Krone ist — wo ist sie, die einer dieser andern geopfert hat? Der Herr Bundeskanzler möge sie auf den Tisch des Hauses legen. *(Heiterkeit.)* Er möge den Hundertkronenschein niederlegen, den ein Agrarier, ein Unternehmer, ein Geistlicher, ein Händler für das Vaterland geopfert hat! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Die Angestellten haben berechenbar 7000 *(Abgeordneter Tomschik: Die niedrigsten 12.000 K!)* die niedrigsten also haben 12.000 K aus ihrer Tasche genommen und haben sie auf dem Altar des Vaterlandes hingelegt. *(Zwischenrufe.)* Nun, sie waren zu diesem Opfer bereit, aber sie wollten ihren Index erhalten und selbst ihr Opfer bemessen. Und dieser Index ist eine Lebensnotwendigkeit, sie können darauf nicht verzichten, deshalb haben sie gestreift. Ich glaube, daß der Professor Seipel sich damals gedacht hat: Um was handelt es sich denn? Es handelt sich um einige tausend Kronen. Wegen dieser paar tausend Kronen wird die Gewerkschaft keinen Streik anfangen! Er hat bis zum letzten Moment gehofft, sie werden nicht streiken. Und so ist er in diesen Streik einfach hineingetorfelt. Aber in dem Augenblick, wo Streik war, hat er sich nicht gefragt: Wie schaffe ich Ruhe, wie rette ich den Staat, wie befreie ich die Wirtschaft von einem solchen quälenden Zustand? Seine erste Frage war: Wie schaue ich dabei aus und meine Autorität? Man sieht ihn förmlich vor dem Spiegel stehen und sich betrachten, wie seine Krawatte sitzt *(Heiterkeit)*, wie er dabei dasteht. Heute sagt er uns: Nein, er habe nur daran gedacht, wie der Staat dabei herauskäme. Herr Professor, der Staat wird um so würdiger erscheinen, der Staat wird um so mehr Autorität nach außen und nach innen haben, je mehr Vernunft wir im Austragen der sozialen Gegensätze aufbringen *(Beifall und Händeklatschen)*, je weniger man sich bemüht, die sozialen Gegensätze mit Hochbeinigkeit und Gewalt auszutragen, sondern mit Vernunft und mit gegenseitigem Zureden. Wenn Sie die Autorität des Staates im

Augen hatten, dann durften Sie diese Politik erst recht nicht machen, dann hätten Sie den Weg der Versöhnung und der Verhandlungen direkt mit den Angestellten beschritten. Aber Ihnen ist es nur um Ihre Autorität, um die Autorität des Herrn Prälaten gegangen, der nicht unterliegen darf. Und so sind wir in den Streik gekommen.

Meine Herren! Für die ganze Beurteilung der Lage der geistigen Arbeiter und der Angestellten in Österreich sind im wesentlichen zwei Dinge maßgebend und schon die Regierung Renner hat in ihrem Aufbauprogramm sofort nach dem Umsturze bezüglich der Regelung der sozialen Fragen der geistigen Arbeiter diese zwei Grundsätze aufgestellt: erstens das Alimentationsprinzip und zweitens das Prinzip der Sicherung des Reallohnes durch den Index.

Das Alimentationsprinzip bedeutet soziale Gerechtigkeit. Ein Mann, der Familie hat, der viele Kinder hat, soll, auch wenn er im gleichen Range steht und dieselbe Arbeit für den Staat leistet, dennoch mehr beziehen, weil er eben die Kinder zu erhalten hat. Das ist ein ganz richtiges, ein ganz gerechtes Prinzip und man hat es daher angewendet. Die Folge war, daß das, was mein Freund Tomschik die Spannung nennt, das heißt, der Unterschied zwischen dem untersten Gehalt des jüngsten ledigen Angestellten und dem höchsten Gehalt des Sektionschefs immer geringer geworden ist. Während im Frieden das Verhältnis 1 : 10 war, ist es infolge der Durchführung des Alimentationsprinzips auf ein Verhältnis 1 : 2 herabgesunken. Nun hat sich eine sonderbare Erscheinung gezeigt. Mit Recht haben die höheren Beamten eingewendet: Das führt ja zu einer nivellierung, zu einer Gleichmacherei, die wir nicht ertragen. Wir leben eben nicht in einem Zukunftsstaate, der soziale Gerechtigkeit verwirklichen kann, sondern wir leben in einer privatkapitalistischen Wirtschaft, wir leben unter dem Gesetze von Angebot und Nachfrage. Und der tüchtige Ingenieur hat sich einfach gesagt: Da tue ich nicht mehr mit, daß ich als der Ingenieur weniger Gehalt bekomme, als mein Hilfsorgan einfach deshalb, weil ich keine Kinder habe und er acht. Und wir haben die Flucht aus dem Staatsdienste gesehen.

In diesem Augenblicke haben wir eingesetzt — und hier gedenke ich einer geradezu opfermutigen Arbeit dieser Gewerkschaften der Beamten, der Angestellten, aber vor allem der Eisenbahner — und haben mit einer Aufklärungsarbeit bei allen Bediensteten für das sogenannte Leistungsprinzip, also für eine Abschwächung des Alimentationsprinzips im Sinne des Leistungsprinzips begonnen. Es sollte doch ein gewisser Anreiz auch für Leute, die sonst vielleicht in der Privatindustrie Verwendung fänden, entstehen, in den Staatsdienst zu gehen oder im Staatsdienst

zu bleiben. Das war ein um so größeres Opfer der Gewerkschaft der Eisenbahner, weil ja bei ihnen die größte Zahl der Leute keine Intellektuellen sind, wohl aber mit reicher Familie gesegnete manuelle Arbeiter. Die Arbeit ist gelungen. Sie war schwer. Die Regierung Seipel kehrt wieder um. Sie hat jetzt die Kinderzulagen ausreichend erhöht, hat also wieder dem Alimentationsprinzip Rechnung getragen. Da wir nicht mehr in der Regierung sind und nicht abschätzen können, inwieweit das heute schon dem Staate möglich ist, nehmen wir diese Erklärung der Regierung zur Kenntnis und werden also von nun an wissen, daß dieses Alimentationsprinzip wieder zur Geltung kommen muß. Die unteren Schichten der Beamten und Angestellten werden das mit Freude begrüßen.

Das zweite Prinzip, das schon die Regierung Renner aufgestellt hat, ist die Sicherung des Reallohns. Man mußte den Angestellten dagegen sichern, daß jeder Kronenspekulant, der die Krone herunterbringt, ihm damit den Bissen Brot und den Bissen Fleisch schmälert, daß der Angestellte unausgesetzt von den Schwankungen der Börse, von den Spekulantent in seiner Existenz abhängig ist. Es mußte also der Reallohn gesichert werden. Das ist jetzt gleichfalls geschehen. Man will durch dieses Gesetz den Reallohn des Beamten gemäß dem Index sichern. Hier handelt es sich um eine sehr große Sache. Wir wissen, daß wir alle Opfer bringen müssen. Das Maß des Opfers ist für die geistigen und manuellen Angestellten des Staates nunmehr für alle Zeiten gesetzlich festgelegt. *(Sehr richtig!)* Dieses Gesetz, das die Regierung und die Parteien versprochen haben, das also jetzt parlamentarisch gesichert ist durch das bindende Versprechen der Parteien und durch das bindende Versprechen der Regierung mit dem Beisage, daß sie auch bereit wäre, die Konsequenzen zu ziehen, wenn es nicht Gesetz wird, dieses Gesetz ist formell kein Staatsgrundgesetz, kein Verfassungsgesetz. Aber seine Dauer ist für immer verankert in den politischen Machtverhältnissen dieses Staates. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen!)* Es ist nunmehr den geistigen Arbeitern und den Angestellten gesichert, daß sie unter dieses Maß von Elend und Hunger, das sie heute ertragen müssen, nicht mehr gelangen können, und wenn die Wirtschaft des Staates so gestaltet wird, daß noch weitere Opfer gebracht werden müssen, dann ist eben die Steuerpolitik so einzurichten, daß die übrigen Stände, die Agrarier, die Händler, die Unternehmer diese Lasten auf sich nehmen in der Form von direkten und von Luxussteuern. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Jetzt begreifen Sie, meine Herren, warum wir in dem Augenblicke, wo inmitten des Streiks uns die Regierung das Anbot machte: gesetzliche Sicherung des Index für alle Zeiten, sofort zu-

gegriffen haben. Und als der Herr Professor Seipel so liebenswürdig war, mich zu besuchen und mir mitzuteilen, daß er bereit sei, dieses Gesetz einzubringen unter der Bedingung, daß der Streik abgebrochen werde, habe ich mir gesagt: Das ist jetzt nicht mehr eine Frage der Postler, der Telegraphenangestellten und der Eisenbahner, das ist jetzt eine Frage der gesamten geistigen und manuellen Arbeiter Deutschösterreichs. In diesem Moment war es mir klar, daß wir alles aufbieten müssen, damit die Streikenden die Bedingung, die die Regierung stellt, annehmen, den Streik abbrechen. Wir haben uns gesagt, dieses Angebot ist wertvoll für die ganze Klasse der Arbeitenden, weit über den gegenwärtigen Augenblick hinaus für Jahre. Das hat das Präsidium des sozialdemokratischen Abgeordnetenverbandes veranlaßt, das Angebot der Regierung aufzugreifen, es genau zu prüfen und zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig wäre, darauf einzugehen. Wir haben uns entschlossen, zu den Eisenbahnern und Angestellten zu gehen, und wir haben den Mut gehabt, in unzähligen Sitzungen und gestern noch vor 1500 aufgeregten Menschen zu sagen: Ihr Eisenbahner, Postler, Telegraphen- und Telephonangestellte habt jetzt nicht bloß Opfer für Euch zu bringen, ihr habt Opfer zu bringen für die gesamte geistige und manuelle Arbeiterschaft, ihr habt Opfer zu bringen für die Republik. Mit diesen 7000 und 12.000 K., auf die ihr jetzt im Juni einmal verzichtet, erkaufst ihr die Sicherung des Reallohns der Arbeiter in Österreich. Ihr müßt dieses patriotische Opfer bringen. Und sie haben es gebracht im Interesse der gesamten Klasse. Sie sind auf die von der Regierung gestellte Bedingung eingegangen und haben gegen dem, daß der Reallohn gesetzlich gesichert wird, den Streik abgebrochen.

Bei diesem Worte möchte ich noch auf eine Bemerkung zurückkommen, die über das Kommuniké der Regierung gemacht worden ist. Tatsächlich ist von der amtlichen Nachrichtenstelle die Mitteilung ausgegeben worden, der Streik sei bedingungslos abgebrochen. *(Hört! Hört!)* Herr Professor! Wenn diese Regierungsnachricht von Ihnen stammt, dann kann ich nicht sagen loyal, sondern Loyola. *(Heiterkeit.)*

Herr Professor! Sie wissen, der Streik ist nicht bedingungslos abgebrochen worden. Maßgebend ist nicht, wann man die Bedingungen sagt, sondern maßgebend ist, ob man Bedingungen sagt. Und Sie haben, zwar nicht dem Obmann der Gewerkschaft der Eisenbahner, Tomschik, sondern dem Obmannstellvertreter des Parteivorstandes Tomschik und seinen Kollegen gesagt: Meine Herren! Ich bin bereit, unter dieser Bedingung, nämlich Abbruch des Streiks, ein Gesetz, betreffend die Sicherung des Index, einzubringen. Daraufhin haben die Streikenden Ihnen — nicht direkt, sondern

der Obmann der streikenden Eisenbahner Tomischik durch den Obmannstellvertreter der Partei Tomischik (*lebhaft Heiterkeit*) — gesagt: Wir gehen auf diese Bedingung ein.

So ist der Sachverhalt und nun begreife ich nicht, wie irgend jemand noch sagen kann, daß der Streik bedingungslos abgebrochen worden ist. Wir haben den Gesetzentwurf geprüft, wir haben alle Einzelheiten, Paragraph um Paragraph durchbesprochen und wir haben dann abgeschlossen. Es ist nicht meine Art irgend welche, auch nur die geringsten Mitteilungen über vertrauliche Verhandlungen zu machen; aber gegenüber dieser offenkundigen Lüge der Nachrichtenstelle bin ich dazu gezwungen, weil ich es der Ehre der sozialdemokratischen Abgeordneten schuldig bin, zu sagen, daß in diesen Verhandlungen der Herr Bundeskanzler Seipel seine Bedingungen gestellt hat, die Angestellten ihre Bedingungen gestellt haben, daß man sich ausgeglichen hat und daß dann der Streik abgebrochen wurde. Er ist also nicht bedingungslos abgebrochen worden, sondern unter der Bedingung, daß die Regierung heute diesen Gesetzentwurf einbringt. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Nun, meine Herren, noch ein kurzes Wort über die sogenannte Machtfrage und über die Frage der Autorität. Wir alle kennen die Lage unserer Republik. Wir sind nach außen weder eine Autorität noch eine Macht. Wir können auch im Innern nur in einer ganz bestimmten Art Autorität sein und Macht ausüben. Wir haben nicht die Macht des Säbels, von der Sie immer noch schwärmen, nicht die Macht des Gerichtes, der Staatsanwälte und der Polizei, sondern wir haben nur eine Macht, die Macht der Vernunft. Nur soweit die Vernunft Macht über die Menschen gewinnt, kann Macht in Österreich herrschen. Der Herr Professor Seipel sagt, es müßte die Frage aufgeworfen werden, ob wir noch ein geordneter Staat sind. Was denkt er sich darunter? Er kann sich von dem k. k. Minister nicht lossagen. Er denkt sich heute noch unter einem geordneten Staate einen Staat, wo die Staatsbürger zu schweigen haben, die Herren Minister kommandieren und, wenn einem Staatsbürger dieses Kommando nicht recht ist, die Polizei einschreitet und ihn niederschlägt. Das ist im wesentlichen sein Bild von einem geordneten Staate. Aber diese Zeiten, Herr Professor, sind vorüber, man hat es sich verscherzt. Die Habsburger haben den Krieg geführt, sie haben ihn verloren. Sie sind davongejagt worden. Sie sind im Grunde an der Dummheit zugrunde gegangen, die hier wieder auftaucht, an der Dummheit, die sagt: wir haben die Pflicht, das Prestige zu wahren. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Sie sind zugrunde gegangen an dem schweren Fehler,

zu glauben, daß man nicht die Vernunft zu wahren hat, sondern das Prestige.

Nun, meine Herren, jetzt sieht es eben — ich bitte den Herrn Bundeskanzler, das zur Kenntnis zu nehmen — auf diesem Boden, in der Republik, wesentlich anders aus.

Zwei Bemerkungen, die ich in der letzten Zeit gehört habe, sind in dieser Hinsicht interessant. Es sind Bemerkungen von zwei naiven Menschen. Die eine habe ich in einer Verhandlung gehört, zu der ich leider auch zugezogen wurde — ich habe schon Pech —, in einer Verhandlung der Straßenbahner mit der Vertretung der Gemeinde Wien. In dieser Versammlung hat der Vertreter der Gemeinde Wien den Straßenbahnern nachgewiesen, daß die Gemeinde nicht weiter gehen kann, daß jede Erhöhung ihrer Bezüge zugleich eine Erhöhung der Tarife bedeutet, zugleich eine Belastung der Bäcker, der Eisenbahner, der Schuhmacher und der Schneider bedeutet, daß eine einzelne Arbeiterkategorie nicht ins Ungebührliche fordern kann, weil jede Erfüllung ihrer Forderung zugleich für den andern ein gewisses Opfer bedeutet, daß jeder Opfer bringen müsse und daß sie einen höheren Tarif vor der übrigen Masse des arbeitenden Volkes nicht verantworten könne. Darauf eine naive Stimme: Was heißt das? Da diktiert ja die Gemeinde! Mit demselben Rechte könnte die Gemeinde sagen, sie gibt uns nur einen halben Gehalt, und wir müßten es uns auch gefallen lassen. Das war die eine naive Stimme, die zweite war die des Herrn Professor Seipel und seiner Presse. Die haben jetzt bei dem Eisenbahnerstreik plötzlich gesagt: Was heißt das, ihr sagt, ihr verzichtet nur auf zwei, und ich wünsche, ihr verzichtet auf drei. Darauf die Eisenbahner: Das können wir nicht, weil es uns ein zu großes Opfer wäre. Darauf Professor Seipel: Was heißt das, wenn ihr das Opfer von nur zwei bietet, dann habt ja ihr in diesem Staate zu befehlen, dann könnt ihr ja mit demselben Rechte ungebührliche Forderungen stellen und den doppelten Gehalt fordern. Das geht nicht, das darf nicht sein, zu entscheiden habe über den Gehalt ich, der Bundeskanzler, das heißt die Regierung.

Diese zwei naiven Leute, dieser Straßenbahner und der Herr Professor Seipel, erkennen nämlich das eine nicht, daß natürlich niemand in diesem Staate das Recht, niemand in diesem Staate die Macht und die Möglichkeit hat, einseitig zu bestimmen, wieviel der einzelne Bürger zu opfern oder zu bekommen hat. Diese Bemessung kann nur im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen, das ist das Charakteristische zu der Lage Österreichs — man halte es für gut oder für schlecht — wir können nicht mit Gewalt entscheiden, wer das nicht erkennt, der kennt die wirklichen Machtverhältnisse in diesem Staate nicht. Der Sinn dieses Streiks — das zeigt die

Entstehung und sein Verlauf — war: Soll von nun an die Regierung einseitig bestimmen, wie die Bezüge der Beamten je nach den Schwankungen der Preise zu bemessen sind? Er ist dahin entschieden worden und das ist der Vertrag: Die Bezüge steigen und fallen automatisch und unabhängig von dem Willen des einen oder des andern gemäß dem Index. Der Herr Professor Seipel wird sich also, wenn er wieder einmal auf Sieg ausgeht, entschließen müssen, ein anderes Gebiet zu suchen. Ich möchte ihn aber sehr einladen, nicht zu viel zu siegen in diesem Staate.

Er kann von uns sehr häufig und sehr viel Entgegenkommen fordern, weil die Sozialdemokraten, weil die Arbeiter ein großes Interesse an dem Bestande der Republik haben, ja, weil sie sie lieben. Das ist seine Stärke. Daß der Herr Professor über die Republik anders denkt, daß seine Empfindungen andere sind und daß viele Republikaner unter den Bürgern und Bauern leider heute keine andere geistige Führung haben und auf die Führung des Herrn Professor Seipel angewiesen sind, daß er also bei seiner Art Empfindung für die Republik nicht nur der Exponent eines Teiles der bürgerlichen Parteien ist, sondern auch der Exponent der Republikaner unter den bürgerlichen Parteien, das ist seine Stärke gegen uns. Wir müssen viel Rücksicht nehmen auf den Staat und wir nehmen viel Rücksicht.

Die Angestellten haben jetzt wieder bewiesen, daß sie bereit sind, ein großes patriotisches Opfer zu bringen, und die Arbeiter beweisen das täglich und stündlich und in Tausenden von Fällen. Wir wollen diesen Staat, wir werden die Republik verteidigen gegen alle Angriffe, die da kommen könnten, und wir werden auf der Hut sein, daß sie — sei es durch Mutwillen oder durch die „Autorität“ — nicht Schaden leide.

Aber, meine Herren, deshalb sind wir nicht ohnmächtig. Der Bürgerkrieg in diesem Staate schadet nicht nur ihm und den Arbeitern, der Bürgerkrieg, Herr Professor, würde auch andern Leuten schaden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Und deshalb lade ich Sie ein, Sie mögen bei der Kälte, die Sie gegenüber der Republik empfinden, Sie mögen bei ihren staatsrechtlichen Auffassungen uns gegenüber etwas stark sein, weil wir uns mit diesem Staate identifizieren, aber glauben Sie nicht, daß Sie allzu stark sind und glauben Sie nicht, daß Sie allmächtig sind. Die Arbeiter verteidigen die Republik, die Arbeiter sind aber auch entschlossen, sich zu verteidigen gegen alles und gegen alle, wenn man sie herausfordern sollte. Sie sind entschlossen, wenn man sie durch eine lächerliche Prestigepolitik herausfordern sollte, ihre großen Interessen ernsthaft und mit Nachdruck zu verteidigen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident *(welcher während vorstehender Rede wieder den Vorsitz übernommen hat):* Zum Worte gelangt der Abgeordnete Dr. Reidler.

Abgeordneter Dr. Reidler: Es ist gar kein Zweifel, daß in weiten Kreisen der Bürgerlichkeit, ich möchte sagen, in weiten Kreisen der bürgerlichen Ordnung, oder sagen wir noch besser, in allen den Kreisen, in denen Sinn für Zucht und Ordnung besteht, eine gewisse Befriedigung darüber herrscht, daß die jetzt so viel erörterte Angelegenheit so ausgegangen ist, wie sie eben ausgegangen ist. Namentlich, wenn man jetzt der Rede des Abgeordneten Seiz zugehört hat, könnte man glauben, daß es sich um eine Frage unserer Verfassung handelt, könnte man glauben, daß der Arbeiterschaft irgendein Grundrecht konfisziert worden wäre, daß es sich um die tiefsten Dinge der staatlichen Existenz handelt. Und wenn man dann auf des Pudels Kern kommt, so sieht man, daß etwas geschehen ist, was selbstverständlich jede Regierung tun mußte: einfach die Ordnung des Staates wahren, ohne die ein furchtbares Chaos hereinbräche. Ich möchte sehen, wenn an der Stelle des Herrn Bundeskanzlers Seipel, sagen wir der Herr Dr. Otto Bauer säße und wenn er irgendeine Angelegenheit gegen die bürgerliche Ordnung zu vertreten gehabt hätte, ob er nicht mit derselben Energie zugegriffen hätte und ob er dann nicht gesagt hätte: „Es ist meine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, weil ich eben an der Spitze der Regierung stehe. Ich habe hier für die Ordnung zu sorgen“. Ich kann mich sehr gut erinnern, wie Sie dieses schärfere Zugreifen ihrem verflorenen Kanzler Dr. Renner zugebilligt haben, von dem Sie gesagt haben: Dank Gott, daß er das und jenes getan hat; denn wenn er das nicht getan hätte, dann würden eben die Flammen des Chaos hervorgebrochen sein und alles vernichtet und zerstört haben.

Wenn man die etwas demagogische Rede des Herrn Abgeordneten Seiz auf sich hat wirken lassen, so kann man sich bei einiger geschichtlicher Kenntnis sehr wohl in gewisse Zeiten des athenischen Staates zurückversetzt denken. Allerdings waren diese Zeiten keine Zeiten der athenischen Blüte, wohl aber eine Zeit der Zersetzung und des Unterganges. Wer den Herrn Abgeordneten Seiz hier sprechen gehört hat, der würde — vorausgesetzt, daß der Herr Abgeordnete Seiz griechisch gesprochen hätte — vielleicht den Kleon zu hören gemeint haben und die Verhältnisse in dieser gerühmten demokratischen Republik gemahnen auch sehr stark an die Kleonischen Zeiten; eine Sophistik von Anfang bis zum Ende, ein Wortverdrehen, ein Verhüllen, ein demagogisches Gewinnenwollen von Kreisen, die eigentlich diese Herrschaften, im Grunde genommen, hassen. Es ist wirklich von der Galerie viel verlangt, sich nicht durch irgend welche Beifalls- und Mißfallsbezeugungen in unsere Verhandlungen

einzumischen, wenn alles so sehr nur für die Galerie gesprochen wird. In Ihren Kreisen, meine Herren Sozialdemokraten, wird sehr häufig von den Klöstern gesprochen, in denen so viele Männer zusammengepfercht sind, die nützliche Arbeit verrichten könnten, und wenn man auf die Bänke dieses Hauses sieht, könnte einem auch manchmal der Gedanke kommen, der gerade der Verfassung nicht sehr förderlich ist: so viele Männer hier, die nützliche Arbeit leisten könnten und nichts anderes verstehen, als sich Stunde um Stunde der gewöhnlichsten Demagogie und der gewöhnlichsten sophistischen Phrasen, die nicht immer in der Wahrheit wurzeln, zu befleißigen!

Es ist eine merkwürdige Sache, wenn wir den Streik im letzten Stadium von einem Aufruf der Straßenbahner begleitet gesehen haben, der auch in vielen Zeitungen Wiens übergegangen ist. In diesem Aufruf, ich habe ihn hier vor mir, heißt es ungefähr — und das ist der Sinn — ich brauche ihn nicht zu verlesen: Nieder mit der Prälatenregierung! Was hat dieser Streik mit dem Prälaten zu tun? Das ist auch eine so ganz gewöhnliche Sophistik und, nachdem das Wort von Ihrer Seite in rücksichtsloser Weise gesprochen wurde, behaupte ich, auch eine ganz bewußte Lüge. Prälat! Prälat! Sie wissen, daß das Wort Prälat bei den von Ihnen geführten Massen sozusagen Reflexbewegungen auslöst. Wenn Sie sagen „Prälat“, dann steigt vielen der von Ihnen geführten Leute das Blut in den Kopf, als ob diese Angelegenheit des Streiks mit der Stellung eines Prälaten irgend etwas zu tun hätte. Wen wollen Sie da verheizen? Wollen Sie uns vielleicht gegen den Prälaten verheizen? Oder die Bevölkerung? Oder glauben Sie wirklich — ich bin von Ihrer staatsmännischen Weisheit nicht so überzeugt, aber davon werden Sie gewiß überzeugt sein — daß diese soziale Angelegenheit mit der Frage des Prälaten nur das allergeringste zu tun hat?

Es ist von einer Seite — ich weiß nicht, wer es gewesen ist in diesem Chor der Rache — viel von dem Obrigkeitsstaate gesprochen worden. Der Herr Abgeordnete Seitz hat die Freundlichkeit gehabt, was mir nicht ganz verfassungsmäßig zu sein scheint, den Herrn Bundeskanzler immer geistlich mit dem Worte „Professor“ anzusprechen. Nach meiner Überzeugung ist seine Stellung hier auf diesem Sitze nicht die eines Professors, sondern die eines Bundeskanzlers. Soll das absichtlich eine *capitis deminutio* gewesen sein? Ich weiß es nicht, aber ich muß annehmen, daß aus diesem Munde gesprochen, damit immerhin eine gewisse Absicht verbunden war. Es ist von dem Obrigkeitsstaate gesprochen worden. Sie wissen, daß im deutschen Reiche gerade in dieser Stunde und in diesen Tagen der Einfluß Ihrer, der sozialdemokratischen Partei, gewiß sehr mächtig genannt werden muß, und wenn Sie behaupten, der Zustand im Deutschen Reiche,

in dem man Zeitungen verbietet, in dem man nicht nur verbietet, daß man eine Kritik an der Regierung übt, in der der Reichsjustizminister Radebruch nicht nur verbietet, daß man an dem Reichspräsidenten Ebert Kritik übt, sondern sogar an gewesenen Ministern — es ist aufs strengste untersagt, an Philipp Scheidemann Kritik zu üben, es ist aufs strengste untersagt, an irgendeinem dieser Minister, von dem man in einem Jahre kaum mehr den Namen kennen wird irgendeine Kritik zu üben, es sind die Zeitungen verboten, das Versammlungsrecht ist aufgehoben, alles ist verboten —, wenn Sie da behaupten, daß das kein Obrigkeitsstaat ist, dann weiß ich allerdings nicht, was ein Obrigkeitsstaat heißen soll. Und wehe uns und wehe auch mir, *(Zwischenrufe)* wenn — sagen wir — einer Ihrer jüdischen Führer, wenn zum Beispiel Herr Dr. Bauer an die Spitze dieses Staates träte! Ich glaube, daß man da sagen könnte, *vae viotis!* Wir haben ja entsprechende Erfahrungen mit dem russischen Bolschewismus gemacht, von dem Sie so sehr, weil die Konjunktur es verlangt, abrücken, im Innern aber doch näher stehen, als Sie der Welt glauben machen wollen. Also vom Obrigkeitsstaate sollten Sie doch nicht sprechen! Ich kenne nichts Gewalttätigeres, nichts Diktatorischeres als gerade die Führer Ihrer eigenen Partei. Da können Sie jetzt lächeln, es ist kein Zweifel, wenn Sie sich selber prüfen, müssen Sie mir sagen, daß niemals ein Staat, niemals eine Partei oder eine politische Gruppierung so sehr der Hort des tyrannischen Absolutismus gewesen ist wie in Ihren Kreisen. Blicken Sie einmal nach Rußland hinüber und schauen Sie heute die Zustände im Deutschen Reiche an, wo man, wie gesagt, jedes verfassungsmäßige Recht einfach unterbindet.

Es ist eine eigentümliche Geschichte; der Herr Abgeordnete Seitz hat eben viel von den Beamten und den geistigen Arbeitern gesprochen und fast macht es den Eindruck, als ob Ihre Partei seit jeher der Hort und der Schützer des aufrechten Beamten, der aufrechten geistigen Arbeiter gewesen wäre. Dem ist nicht so. Es ist begreiflich, daß Sie so gesprochen haben; Sie trachten — im Interesse des Staates müßte ich nur sagen, hoffentlich ist Ihnen kein Erfolg beschieden — diese Kreise mit Ihrem Sirenenfang, als würden Sie ihre Interessen vertreten, als würde wirklich die Sorge des Beamtentums und der geistigen Arbeiter Ihre Sorge sein — auf Ihre Seite zu gewinnen. Wehe ihnen, ich wiederhole das Wort, wehe der geistigen Arbeiterschaft, wehe dem aufrechten Beamtentum, wenn es Ihnen gelungen wäre! Sie würden sie bald hinunterstampfen auf das Niveau der nicht hochqualifizierten Arbeiter, denn die Höhe irgendeines Niveaus — sei es in der geistigen oder manuellen Arbeiterschaft — paßt Ihnen, meine Herren Führer,

aber dem Geführten geziemt sie nicht. Da mögen Sie uns noch so sehr erzählen, daß Sie gesonnen sind, die Kultur zu heben, wie es aus dem Munde des Herrn Dr. Deutsch bei jeder Gelegenheit gesprochen wird. Das Lächeln erinnert mich nur an gewisse Eigentümlichkeiten Ihrer Führer, die hier zahlreich vertreten sind, aber Sie entkräften damit nicht die Worte, die hier gesprochen wurden.

Die Regierung hat tatsächlich hier das soziale Interesse vertreten. Die Regierung hat den verheirateten Arbeiter, den verheirateten Angestellten — „Arbeiter“ nennen Sie sie so gerne — mit einer entsprechenden Kinderzahl tatsächlich besser gestellt als Sie je die Absicht gehabt hätten, ihn zu stellen. Wenn man diese Ziffern auf sich wirken läßt, so kann man kaum behaupten, daß Sie der Regierung gegenüber die Verfechter wirklich sozialer Gedanken sind. Es ist naturgemäß, daß der Familienerhalter, der heute vier bis fünf Kinder hat, besser gestellt sein muß, — es ist vom Alimentationsprinzip gesprochen worden — es bleibt noch immer die Spannung für das Leistungsprinzip da, aber der Verheiratete muß zur Erhaltung seiner Familie anders gestellt sein. Und da hat die Regierung Sie weit übertroffen, sie hat dem verheirateten Angestellten bedeutend mehr zugebilligt, als Sie zu geben bereit gewesen sind.

Nun lassen Sie mich ein Wort über die Beamtenfrage sprechen, das in der heutigen Debatte nicht gesagt wurde; aber es ist nützlich, wenn es auch von dieser Stelle geschieht. Der Herr Abgeordnete Tomšič hat die Bemerkung gemacht, es ist eine unerhörte Autokratie, es ist ein drohender Absolutismus, wenn nunmehr die Regierung mit Ausschaltung der Organisationen die Bezüge der Beamten feststellen will. Eine außerordentliche Verdrehung! Ein Staat, dessen Beamten durch die Organisationen entlohnt werden — und darauf käme es doch hinaus — ist einfach eine Sowjetrepublik; das kann bei den Privatangestellten in Frage kommen, aber bei den öffentlichen Angestellten ist es wohl in einem Staate, der auch nur etwas auf sich gibt, ganz ausgeschlossen. Solange ein Staat auf Autorität gibt, solange ein Staat auf Ordnung gibt, ist es selbstverständlich, daß die Befoldung der Beamten — sagen wir — Sache der Gesetzgebung, Sache des Nationalrates, aber beileibe nicht der Organisationen ist. Sie können das in Ihren Fabriken machen, Sie können in Ihren Fabriken einfach den Lohn der Arbeiter heben oder senken, je nach dem Einfluß ihrer Organisationen, aber versuchen Sie das nicht dem Staate gegenüber. In dem Augenblick zerfällt das Beamtentum und zerfällt selbstverständlich die Autorität des Staates. Gewiß haben die Organisationen irgendein Mitberatungs- und Mitbestimmungsrecht; aber die Entscheidung muß unbedingt bei der gesetzgebenden Körperschaft

— ich will hier nicht sagen der Regierung — aber sie muß hier beim Nationalrate liegen. Ein Staat, der seine Beamten nicht kraft eigenen Rechtes befördert, sondern der sich einfach von den Organisationen diktieren läßt, scheidet in kurzer Zeit aus dem Bereiche geordneter und gesitteter Staaten überhaupt aus.

Von dieser Seite ist früher sehr viel von Opfersinn gesprochen worden. Da muß ich Ihnen schon sagen: ich glaube nicht, daß gerade — wenn man die Opfer für die Partei nicht berücksichtigt, da haben Sie gewiß großen Opfersinn, wenn man aber an die Opfer für den Staat denkt — Sie jemanden auf irgendeiner Seite des Hauses beschuldigen dürfen, daß er zu wenig Opfersinn besitzt. Sie haben für die Gesamtheit, für die Volksgemeinschaft, für den Staat gar nichts übrig. Ich gebe zu, daß Sie Opfersinn für die Partei haben — vielleicht ist auch der oft erzwungen — aber immerhin für die Außenseite besteht er. Bedenken Sie aber wohl, daß ein Staat ja nicht nur aus der nichtbesitzenden Klasse besteht, sondern auch aus der besitzenden Klasse (*Zwischenruf des Abgeordneten Zelenka*) und Sie werden ja selbst zu der besitzenden Klasse zählen, Herr Abgeordneter Zelenka. Ja, ich glaube, daß auf Ihren Bänken mehr Kapital — wie dieser schöne Ausdruck heißt — konzentriert wird, als dies jedenfalls in diesem Sektor der Fall ist. (*Ruf: Weil Sie den Wutte verloren haben!*) Darüber brauchen wir uns wohl nicht aufzuregen.

Wenn unser Zeitalter nicht so geistlos wäre (*Gelächter*), so würde es sich über das Wort aufhalten... (*Zwischenrufe.*) Dadurch bringen Sie mich nicht aus der Fassung, Herr Abgeordneter Zelenka, Sie, der mit dem Leben gewiß einen Meistbegünstigungsvertrag abgeschlossen hat. Ich kann Sie versichern, was den Opfersinn anlangt, um das noch einmal zu betonen, sollten Sie wohl schweigen. Sie haben nur Interesse für Partei, Partei und das liebe Ich. Sie nennen sich Sozialdemokraten. Ich habe schon gesagt, daß, wenn man dieses Wort auf die Waagschale legte, so enthielte es ja einen unlöslichen Widerspruch. Demokratie ist die Verkörperung des Individualismus und Sozialismus ist gerade der Gegenpol, daß man diese zwei Gegenpole: Sozialismus und Demokratie, als den höchsten Individualismus, der ja auf ihrer Seite sehr stark vertreten ist — Sie haben ja viel mehr Demokraten auf Ihren Bänken, als Sozialisten —, daß man den furchtbarsten Individualismus, den rücksichtslosesten Beuteindividualismus, Herr Abgeordneter Zelenka, daß man den mit dem edlen Sozialismus in einen Namen verknüpft, das ist nur ein Zeichen, daß unsere Zeit zumindest nicht sehr kritisch ist.

Die Regierung hat dadurch, daß sie mit großer Entschlossenheit hier ihres Amtes gewaltet hat, den Staat vor einer sehr schweren wirtschaft-

lichen Schädigung bewahrt. Es nimmt mich sonder Wunder: morgen haben wir im Unterausschuß zusammenzutreten und haben über die Arbeitslosenfürsorge, über die produktive Arbeitslosenfürsorge zu beraten und hier richten Sie mit einem mutwillig vom Zaune gebrochenen Streik Arbeiter und Wirtschaft zugrunde und schaffen Arbeitslose. Glauben Sie denn nicht, daß es auf das Wirtschaftsleben des Staates und auf die Volkswirtschaft verheerend wirkt, wenn die Verkehrsmittel, wenn die Eisenbahnen tagelang unterbunden sind? Daß es nicht zwei, drei, vier Tage noch gedauert hat, darauf wäre es Ihnen gewiß nicht angekommen. Natürlich, es sind ja nur die Besitzenden, es ist ja nur die bürgerliche Klasse, die bei einem solchen Verkehrsstreik verelendet. Auf das andere kommt es Ihnen bei einem solchen Streik doch nicht an. Produktive Arbeitslosenfürsorge treiben und den Staat dadurch ruinieren wollen, daß man in dieser mutwilligen Weise die Eisenbahnen einfach lahmlegt, das scheint mir ein Widerspruch zu sein, den Sie vielleicht lösen können, der aber von jedem, der wirklich gerecht und logisch urteilt, kaum gelöst werden kann.

Vergessen Sie auch nicht, wie das Straßenbild dieser Tage ausgesehen hat. Wenn Sie auch in die bürgerlichen Kreise hineingehört haben — wahrscheinlich auch in Arbeiterkreisen —, so werden Sie sehr viel Erbitterung bemerkt haben. Denn die nicht besitzende Klasse, die ja nicht von Ihnen vertreten wird, ist in der Lage, mit Autos zu fahren. Sie sind mit derartigen Behelfen jedenfalls viel reicher gesegnet als viele kleine und mittlere bürgerliche Kreise, die zu Fuß gehen mußten. Ich bin überzeugt, daß Sie bei Ihrer vorzüglichen Organisation unter dem Streik gar nicht sehr gelitten haben werden. Aber der arme Bürger, der zu Fuß gehen mußte, der seine Nerven zugrunde gerichtet hat, der in schwerer Sorge war und nicht wußte, wie er seine Geschäfte durchführen werde... *(Zwischenruf des Abgeordneten Forstner.)* Ich bitte sehr, machen Sie keine so albernen Spässe. Lieber unterhalten wir uns nachher. Sie sind ja sonst ein ganz gemüthlicher Herr, unterhalten wir uns nachher! *(Heiterkeit.)*

Niemand kann bestreiten, daß es eine schwere Erschütterung der Wirtschaft und eine schwere Gefährdung unseres wirtschaftlichen Lebens war. Bedenken Sie doch auch noch eines: Die politische Gefährdung ist gestreift worden. Es hat hier der Herr Abgeordnete Seitz davon gesprochen. Ich möchte aber doch noch einiges nachtragen. Es ist eine eigentümliche Sache, wenn gerade Sie, die soviel auf Demokratie und auf ordentliches Funktionieren der demokratischen, republikanischen Einrichtungen geben, gar nichts dagegen haben, wenn Wien, die Zentrale, von den Landesregierungen

einfach vollkommen infolge des Eisenbahnerstreiks getrennt ist. Man wußte zum Beispiel in Klagenfurt nicht, was in Wien geschieht. Und es hätten und es mögen auch solche Gerüchte in Innsbruck und in Klagenfurt geherrscht haben, die die Leute verwirrt haben: Es sei in Wien die Revolution ausgebrochen. Man war nicht in der Lage, zu telefonieren oder zu telegraphieren. Glauben Sie, daß dadurch, daß man die Nerven zerschneidet, die die Zentrale mit der Peripherie verbinden, die demokratischen Einrichtungen der Republik gerade geschützt werden? Ich glaube schwerlich. Und dann — man liest und hört es ja von Ihnen —, da Sie doch mehr oder weniger händlerisch denken, Sie sprechen doch gerne davon, wir seien ein Transitstaat. Gut, allerdings, wir sind ein Transitstaat. Ich nehme das an. Es ist das händlerische Prinzip, sagen wir, das Prinzip des jüdischen Handels, das den Staat mehr oder weniger überwuchert. Also, wir sind ein Transit-, ein Handelsstaat. Aber bedenken Sie doch, daß ein solcher Staat auch seine Pflichten übernimmt, daß ein solcher Transitstaat unter Umständen ein weiches Ei ist und daß man mit seiner politischen Selbständigkeit nicht spielen darf. Ist Ihnen nicht bekannt, daß es im Vertrag von Saint-Germain heißt, daß, sagen wir die Tschecho-Slowakei ein Recht hat, ihre Waren durch Österreich zu führen? Nun, von dieser Tatsache des Rechtes der Tschecho-Slowakei und von der Möglichkeit, die Eisenbahnen zu besetzen, ist kein gar zu weiter Schritt. Jackeln Sie nicht so herum mit dem Eisenbahnerstreik! Es könnte sehr wohl sein, daß die Tschecho-Slowakei oder daß man in Jugoslawien sagt: Wenn dieser Staat nicht in der Lage ist, im Innern selbst Ordnung zu machen, so werden wir es von außen tun. Man wird zunächst einmal anfangen, die Eisenbahnen zu besetzen und die Besetzung des übrigen wird dann schon folgen. Sie stellen also die Souveränität — ich scheue mich, das Wort auszusprechen, denn wir besitzen sie nicht — aber Sie stellen jedenfalls selbst die letzte Scheinselbständigkeit — mehr als ein Schein ist es ja nicht — auf eine sehr harte Probe. Und machen Sie es noch einige Jahre so, dann werden Sie sehen, daß man von Belgrad und Prag aus die Sache in die Hand nehmen wird, und dann wird man sich um Ihre Organisationen einen blauen Teufel kümmern. Das hat ja die Geschichte schon sehr oft gelehrt. Ich will hoffen, daß diese ganze Wirtschaft, wie sie jetzt bei uns herrscht, nicht wieder einen Beweis für die Wahrheit gibt, daß auf eine derartige Zerrüttung immer eine Diktatur folgt, die entweder von innen kommt oder, wenn sie nicht von innen kommt, leider manchmal von außen kommen kann. Sie locken den Blitz herbei. Sie fragen sich allerdings nicht, ob dieses Haus dann in Flammen steht, weil Sie nach der eigentümlichen Art Ihrer Denkweise für Brände

des deutschen Hauses eine gewisse Vorliebe zu besitzen scheinen.

Sie bedenken wohl auch nicht, daß die Kredite dieses Staates in der schwersten Weise bedroht werden. Wir lügen ohnedies immer nach den Krediten aus und verlieren immer mehr den Glauben daran. Glauben Sie nicht, daß diese paar Tage leichtfertig vom Zaune gebrochenen Streiks die Möglichkeit, Kredite zu bekommen, sehr bedeutend gemindert haben? Die Regierungen draußen wissen sehr gut, daß wir immer auf einem Vulkan stehen; Sie sind sozusagen kryptogame Bolschewiken; kryptogame: man muß schon sehr scharf zusehen, aber wenn man durch die Hülle sieht, sieht man doch Ihre tiefe Neigung und kann man Ihnen etwas ins Herz sehen. Das erkennt natürlich auch das Ausland, das leider Gottes für unsere Zustände ein viel schärferes Auge hat als vielfach wir selbst.

Es ist heute so oft von der Machtfrage gesprochen worden. Es besteht kein Zweifel, daß ein einfaches, kurzes Wort genügt hätte. Eine Regierung hat die Pflicht, den Staat, das Prestige und das Ansehen des Staates zu vertreten. Wenn Sie, meine Herren, von der Macht, vom Prestige sprechen, so ist das doch eine wunderliche Geschichte. Nach außen sind Sie immer die sanftmütigsten Pazifisten und nach innen sind Sie die gewalttätigsten Militaristen, die es nur gibt. Wahrscheinlich hängt damit auch zusammen, daß Sie für den ledigen Arbeiter mehr Interesse haben als für den Familienvater, für den Mann, der sehr viele Kinder hat. Es ist im alten Heere auch so gewesen. Da hat man es geliebt und verlangt, daß nur ein gewisser Prozentsatz der Soldaten sich verheirate, weil man wohl wußte, daß die Schlagkraft eines Heeres, das sich größtenteils aus Ledigen zusammensetzt, immerhin größer ist, als wenn ein Heer mit dem ganzen Troß der Familie belastet ist. Weil Sie rechte Militaristen, weil Sie Imperialisten nach innen sind, gilt bei Ihnen ganz genau derselbe Grundsatz. Sie kennen ja die Reden, die Ihr Führer Dr. Otto Bauer in Berlin vor ganz kurzer Zeit gehalten hat; zusammen mit den Links- und Rechtssozialisten, zusammen mit den russischen Bolschewiken hat gerade Dr. Bauer sehr häufig von einer Schlachtfrent, von einer gemeinsamen Front, von einem gemeinsamen Schlagen gesprochen. Man sieht jedenfalls, daß sich in das Denken dieser Herren militaristische Eroberungsgedanken sehr stark Bahn gebrochen haben und die Basis, auf der Sie stehen, ist jedenfalls die Basis einer Partei, die an gar nichts anderes denkt, als wie sie ihre Macht erhalten und womöglich noch erweitern kann. Es wird in unserem Staate erst gut sein, wenn sich dieses Verhältnis umdreht, wenn wir nach innen alle friedlich und schiedlich

untereinander sind, wenn wir den Pazifismus, die Versöhnung nach innen wenden und wenn wir wieder — vor Ihnen spricht man das Wort nicht gerne aus — den kriegerischen Sinn, den Sinn, der sich nicht jede Gemeinheit unserer Feinde gefallen läßt, wieder nach außen wenden. Wenden Sie den Militarismus, den Sie nach innen wenden, nach außen und schließen wir uns schiedlich-friedlich nach innen zusammen, dann werden auch die Verhältnisse in diesem armen Staate und in unserem großen Vaterlande besser werden.

Zum Schluß möchte ich noch eines sagen; auch das ist heute nicht ausgesprochen worden. Der Herr Bundeskanzler hat die Bemerkung gemacht, der Streik müsse die ultima ratio sein, er sei das letzte Recht. Man kann über den Streik nicht sprechen, ohne das Wort reaktionär, mit dem so unendlich viel Schindluder getrieben wird, zu hören, weil gerade das, was Sie Reaktion nennen, eigentlich den wirklichen Fortschritt der Ordnung und des staatlichen Lebens bedeutet. Es wird hier so viel von einem absoluten Recht gesprochen. Absolutes Recht auf den Streik hat gar niemand in einem geordneten Staate. Ich behaupte, daß es in einem geordneten Staate überhaupt kein absolutes Recht gibt. Das Absolute ist die Volksgemeinschaft, der Staat, alles andere hat sich dessen obersten Forderungen einfach unterzuordnen. Und jedes Recht reicht genau so weit, als es das Interesse des Absoluten, nämlich des Staates und der Gemeinschaft, erlaubt. Wenn aber ein Individuum glaubt, es habe auf irgendeine Sache ein absolutes Recht, dann kommt man schließlich und endlich immer zum Kampf aller gegen alle, zum Bürgerkrieg. Wissen Sie nicht, daß eines Ihrer Parteimitglieder, das allerdings nicht der österreichischen Partei angehört, aber der sozialdemokratischen Partei des Deutschen Reiches, der jetzige Reichspräsident Ebert, zur Zeit, da er schon Reichspräsident war und die Verhältnisse im Deutschen Reich ihm hrenzlich vorkamen, erklärte: Wer in einem lebensnotwendigen Betrieb — und da können Sie Gas, Wasser, Elektrizität und jedenfalls auch die Eisenbahnen dazurechnen — streikt, ist ein Vaterlandsverräter. Es tut mir leid, daß ich Ihnen dieses Zitat nicht genau verlesen kann, aber Sie werden nicht bestreiten, daß er das gesagt hat, es dürfte im Jahre 1920 gewesen sein. (Zwischenrufe.) Bestreiten Sie, daß Ebert das gesagt hat? Freilich hat Ihr Gesinnungsgenosse Ebert auch ganz anders sprechen können zur Zeit, wo er noch nicht Präsident des Deutschen Reiches war, wo er noch ein einfacher sozialistischer Führer war und wo das deutsche Vaterland im Kampf auf Leben und Tod gegen mitleidslose Feinde stand. Da hat er allerdings für den Streik in den allerlebensnotwendigsten Betrieben, nämlich in den Munitionsbetrieben, gearbeitet, bis schließlich das Elend hereingebrochen

ist. Jetzt aber, da der Herr Bundespräsident an der Spitze der Republik steht, denkt er anders. Es kommt ja so oft vor, daß man vor Tisch anders spricht als nach Tisch. Das ist auch bei Ihnen der Fall.

Ich will jetzt zum Schlusse nur sagen: Seien wir froh, daß noch so viele Elemente der Ordnung, der Zucht und Unterordnung in diesem Staate vorhanden sind, daß Sie Ihre Gelüste, die ganz anders gerichtet sind, nicht zum Durchbruch bringen können. Damit lassen Sie mich schließen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Schulz.

Abgeordneter **Schulz:** Hohes Haus! Ich war bestimmt, in der Debatte, die durch die Regierungserklärung ausgelöst wurde, jene Gründe zu entkräften, die mein Vorredner anführen würde. Ich glaube aber, alle, die seinen Ausführungen zugehört haben, werden mir beipflichten, wenn ich behaupte, er habe zur Sache selbst eigentlich gar nicht gesprochen. Was ich vielleicht noch in einem Zusammenhang mit der Streikdebatte bringen kann, ist lediglich seine Schilderung der Gefahren, in die ein Streik den Staat stürzen kann, und des Einbruchs, den der Streik auf das Ausland gemacht hat.

Ich gebe ihm vollkommen recht, wenn er von den Gefahren spricht, die mit einem Streik verbunden sind. Ich muß wiederholen, was schon mein Parteifreund Präsident Seiz gesagt hat, daß sich dieser Gefahren vor allem der Herr Bundeskanzler Seipel hätte bewußt sein müssen. Wie immer die Vorgänge waren, ob es Sonntag früh oder Samstag nachts war, wo der Herr Bundeskanzler zum ersten Male Fühlung mit dem Präsidenten Seiz suchte, um Verhandlungen auf dem Umweg über das Vorstandsmitglied Tomšik mit dem Gewerkschaftsführer Tomšik einzuleiten, eines steht fest: Es war am Freitag nachmittags, um 4 Uhr eine Finanzausschusssitzung. In dieser haben wir den Herrn Bundeskanzler aufmerksam gemacht, er könnte vielleicht von der gefährlichen Stimmung und der Unzufriedenheit darüber, daß man die Bundesangestellten zu einem größeren Opfer verpflichten will, als wozu sie sich bereit erklärt hatten, etwas abschöpfen, wenn er das Gesetz über die Regelung der Bezüge auf Grund der Indexziffer beschließen würde. Freitag Nachmittag noch hat der Herr Bundeskanzler erklärt, daß es ausgeschlossen sei, dieses Gesetz zu machen, weil er sowohl wie die kommenden Regierungen sich nicht binden können, eine solche Verpflichtung einzugehen, wie immer auch die staatsfinanziellen Möglichkeiten ausfallen

mögen. Am Samstag will dann der Herr Bundeskanzler ganz ohne Zusammenhang mit dem Streik plötzlich auf die Idee gekommen sein, das Gesetz dennoch zu machen. Ich meine, es wäre doch schon die nötige Vorsorge gewesen, wenn der Herr Bundeskanzler, des Ernstes der Situation bewußt, sich die Frage: Kann ich das Gesetz machen oder nicht, um 24 Stunden früher beantwortet hätte. *(Zustimmung.)*

Ich glaube, meine Herren, der Zusammenhang des Gesetzes mit dem Streik ist so deutlich, daß es heute nicht angeht, zu behaupten, das Gesetz wäre ohnehin gemacht worden, auch wenn die Bundesangestellten sich hätten diktiert lassen, auf wie viel Märzbezüge sie zu verzichten haben. Und wenn der Herr Bundeskanzler in seiner Eingangsrede gesagt hat, es habe viele Bundesangestellte gegeben, die gar nicht gewußt haben, warum sie streiken, so kann man ihm darin vielleicht beipflichten, weil es sehr viele gibt, die sich um wirtschaftliche Fragen, um das Leben ihrer Organisation nicht kümmern. Es mag also einzelne Bundesangestellte gegeben haben, die nicht wußten, warum sie streiken. Aber ich glaube hier im Saal ist von allen objektiv Denkenden keiner mehr, der begreift, warum der Herr Bundeskanzler es zu einem Streik hat kommen lassen. Es ist ja der Vorgang schon genügend geschildert worden. Ich will ihnen alle die Verhandlungen, wie sie seit 1919 geführt wurden, nicht noch einmal vorführen. Ich gehöre nicht einer jener Organisationen an, von denen Sie behaupten, daß sie durchaus die Ruhe in diesem Staate stören wollen. In meiner Organisation sind sehr viele Zugehörige Ihrer Partei! *(Abgeordneter Fischer: Zwangsweise!)* Nicht zwangsweise. Am Donnerstag war eine Sitzung der Vertrauensmänner, wo ich über jene Verzichtleistung referiert habe, die via Bund auch auf die städtischen Angestellten wirken muß und mit Stimmeneinheit, Herr Kollege, — und da waren Ihnen bekannte politische Führer dabei — wurde der Beschluß angenommen, auf nicht mehr als zwei Märzbezüge zu verzichten und gleichzeitig wurde das Streikkomitee aufgestellt. *(Hört! Hört!)* Wenn Sie Namen wollen, der Herr Kollege Volker wird Ihnen alle Ihre Parteifreunde nennen können, die diesen Beschluß mit uns gefaßt haben. Es ist daher demagogisch, wenn Sie heute erklären, der Streik wäre nur eine parteipolitische Sache gewesen. Hinter dem Streik mußte jeder öffentlich Angestellte stehen, dem es um sein Recht geht. Es geht nicht an, wie der Herr Bundeskanzler noch zuerst am 17. in seinen Blättern mitgeteilt hat, an den Opfermut der Bundesangestellten zu appellieren und dann aus einem Opfer plötzlich eine Pflicht zu machen und einen höheren Verzicht zu diktiert. Darüber kommen Sie nicht hinaus. Ein Verzicht kann nicht diktiert werden und die Regierung hätte sich nichts ver-

geben, wenn sie bis zur letzten Minute mit den Organisationen verhandelt hätte.

Aber da kommt noch eine andere Demagogie hinzu. Es wurde mit den Organisationen separat verhandelt, mit jenen, die sich christliche Gewerkschaften nennen und die eine solche Größe haben, daß sie ihre Vollversammlungen im katholischen Gesellenverein im VI. Bezirk abhalten können. Mit diesen Organisationen wurde verhandelt. Diese Organisationen — und das ist das den großen Organisationen in den Rücken fallen — waren es, die uns im Februar Vorwürfe gemacht haben, daß wir auf diese drei Märzbezüge verzichtet haben. Ich war in dieser Versammlung in der Volkshalle, in der diese Demagogie betrieben wurde, in der man uns vorgehalten hat, daß wir uns schützend vor die Regierung stellen, wir vor die damalige Regierung, deren eigentlicher Leiter und Vorkämpfer auch damals schon der heutige Bundeskanzler Dr. Seipel war. Uns haben sie diesen Vorwurf gemacht. Heute haben Sie ein anderes Mittel gefunden. Sie sind auf die Verheirateten und Kinderreichen gekommen und wollten diesen etwas bringen, um sie für sich zu gewinnen, obwohl, wie Präsident Seiz richtig gesagt hat, gerade unsere Organisationen sich alle Mühe gegeben haben, um den unteren Kategorien Verständnis für das Leistungsprinzip beizubringen. Ich erinnere Sie, meine Herren, an die Versammlungen, die in den Hallen der Eisenbahnen stattgefunden haben, wo das Schlagwort gebraucht wurde: wir haben alle nur einen Wagen, wir müssen dieselben Beträge haben, und Genosse Tomšik es war, der ihnen begreiflich gemacht hat, daß die Arbeit eines Sektionschefs, eines Eisenbahnrates, eines höher qualifizierten Professionisten eben auch höher bewertet werden muß. Jetzt haben sie sich wieder umgestellt. Diese Organisationen, deren Wünschen man Rechnung getragen hat, kommen plötzlich und wollen nun nach der Kinderzahl entlohnt werden. Denn wenn Professor Zeidler sagt: Leistungsprinzip und Alimentationsprinzip muß gleichermaßen betont werden, so meine ich, ein ernster Mensch kann nicht glauben, daß man beide Prinzipien gleichzeitig irgendwie verstärken kann. Jede Zuwendung — ob es Kinder- oder Familienzuwendungen sind —, die das Alimentationsprinzip verstärkt, schwächt selbstverständlich das Leistungsprinzip und verringert die Spannung von 1 : 3.

Wenn der Herr Vorredner gemeint hat, daß Präsident Seiz mit dieser Rede, in der er über das Spannungsverhältnis gesprochen hat, die geistigen Arbeiter, die Beamten für die Partei gewinnen wolle, so meine ich: mit einer solchen Rede wird man sie nicht gewinnen; aber sie können selbst beobachten. Wir scheuen uns nicht es auszusprechen: wir sprechen

nicht zu den geistigen Arbeitern und ich glaube auch kaum, daß es dem Präsidenten Seiz eingefallen ist, zu jenen zu sprechen, die sich heute auf der Galerie befinden, um geistige Arbeiter zu gewinnen. So viel Beurteilungskraft wird wohl jeder geistige Arbeiter haben, um zu sehen, wo seine Interessen besser gewahrt werden. Wenn er heute selbst nicht weiß, was er will, und sich durch seine Organisation, die sogenannte Aka, hinter jene Organisationen verschanzt, die heute für das Kinderprinzip sprechen, dann bedauere ich nur, daß diese Änderung in der Auffassung der Akademiker Platz gegriffen hat. Aber wenn sie die Auswirkung der Kinderbeiträge sehen werden, wenn sie sehen werden, daß der Amtsgehilfe, der sechs bis sieben Kinder hat, wieder mehr bekommt als ein Höhergestellter, werden sie wieder manches aufwärmen von der Wäschfrau und dem Universitätsprofessor. Dann werden aber wir es sein, die ihnen sagen können: Das sind diese christlichen Gewerkschaften, die, nur um Demagogie treiben zu können, heute plötzlich das Alimentationsprinzip verstärken.

Nun hat der Herr Bundeskanzler, um diesen Organisationen eine Freude zu bereiten und ihnen ein Agitationsmaterial zu geben, selbst das Leistungsprinzip geschwächt, hat fast dasselbe Geld ausgegeben, hat dabei die öffentlichen Angestellten unter ein Diktat gestellt, das zum Streik führen mußte. Und wenn Sie, wie Herr Professor Zeidler glauben — einige Sätze haben ja auf dieses Thema Bezug gehabt —, daß wir gegen jede Ordnung in der Republik hegen, dann hätte ich ihm gewünscht, daß er gestern in der Vertreterversammlung in Ottakring gewesen wäre, wo dieser Tomšik, von dem Sie glauben, daß er aufsteht, von 6 Uhr bis 11 Uhr nachts sich geplagt hat, um den Leuten jene Vernunft beizubringen, die notwendig war, damit sie auf das Prestige verzichteten und diese billige Prestigefrage dem Bundeskanzler Seipel überlassen haben. Denn Sie dürfen nicht glauben, daß in dieser Versammlung nicht auch Stimmen laut geworden sind: Warum haben wir dann gestreikt, wenn wir jetzt nachgeben? Wir mußten ihnen sagen, ihr könnt nachgeben, weil — das war ja auch nur eine durchsichtige Ausrede, daß nicht verhandelt wurde — wir das Gesetz bringen konnten. Das Gesetz hat sie befriedigt und auf den Anschein nach außenhin, daß sie gesiegt haben, — das haben die 1500 Arbeiter eingesehen — waren sie nicht so eitel, wie der Herr Bundeskanzler, der heute hier aufstehen mußte, um seinen Sieg zu feiern. Wie ich heute die Zeitungen gelesen habe, die alle mit großen Lettern geschrieben haben: „Bedingungslose Übergabe“, sagte ich mir: Wenn wieder eine Differenz zwischen den Angestellten und der Regierung ausbricht, dann soll die Regierung einschreiten und vermitteln, wir werden es ablehnen. *(Lebhafter Beifall.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Fink.

Abgeordneter Fink: Hohes Haus! Es wird von der linken Seite hier behauptet, daß der Herr Bundeskanzler Dr. Seipel heute von einem Sieg gesprochen hat oder einen Sieg proklamiert hat. Nun bin ich knapp vor der Hausführung hier angekommen, kenne also die Verhandlungen, die die Regierung mit den Parteien und insbesondere diejenigen, die der Herr Bundeskanzler mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei gepflogen hat, nicht näher, als sie hier öffentlich von der einen oder andern Seite bekanntgegeben worden sind, aber ich habe den Eindruck gewonnen, daß der Herr Bundeskanzler nicht als Sieger aufgetreten ist und daß er auch kein Staatsinteresse bei dieser Sache vergeben hat. Das ist so mein Eindruck. Wir wissen ferner — und die Herren von der sozialdemokratischen Partei wissen es auch —, daß der Kanzler Dr. Seipel schon ein gewisses soziales Empfinden hat (*Widerspruch*) und es auch schon bewiesen hat, bevor die Republik war. Das wissen die Herren schon und sie müssen auch zugeben, daß er als Kanzler schon anerkannt hat, daß in dieser Bezugsfrage die Beamten Opfer gebracht haben. Das hat er lobend hier schon einmal anerkannt.

Es hat dann der Herr Präsident Seitz gesagt: Ja, die Arbeiter haben Opfer gebracht, die andern sollen auch Opfer bringen. Da haben er und andere insbesondere auch auf die Agrarier angespielt. Bezüglich der Opfer, die die andern gebracht haben, hat neulich in einer Rede ganz richtig der Herr Dr. Bauer konstatiert, daß die Hausbesitzer Opfer gebracht haben. Wenn man aber ganz gerecht sein wollte, muß auch von der sozialdemokratischen Seite anerkannt werden, daß auch die Agrarier Opfer gebracht haben. (*Sehr richtig! — Widerspruch.*) Ich könnte da zum Zeugen aufrufen Herrn Dr. Renner, Herrn Kollegen Eldersch und die Kollegin Freundlich. Sie alle würden anerkennen, daß die Agrarier während des Krieges und nach dem Kriege große Opfer gebracht haben. Diese Opfer sind soweit gegangen, daß man heute, nachdem das vorüber ist, sich fragen muß, ob es nicht für den Staat mehr produktionsfördernd gewirkt hätte und vielleicht besser gewesen wäre, wenn man nicht zu stark mit den Preisen gedrückt hätte. Wenigstens in den Siegerstaaten, zum Beispiel in England, hat man eine andere Methode geübt. Und wenn wir da Fehler gemacht haben, muß ich sagen, daß ich zu den ersten gehöre, die Fehler gemacht haben, da ich immer dafür eingetreten bin, daß in diesen schwierigen Zeiten alle sollen leben können und daß man da möglichst mit den Preisen drücken müsse. Ich meine, es sind jetzt keine Vorwürfe nach dieser Seite notwendig und es hat schon unser Redner

bei Einbringung des Finanzplanes, Präsident Dr. Weiskirchner, gesagt, daß auch die Landwirte zu Opfern bereit sind.

Nun ist von seiten des Herrn Präsidenten Seitz besonders hervorgehoben worden, daß man die Autorität des Staates hebe, und er hat weiters auch gesagt, daß die Macht der Sozialdemokraten die Macht der Vernunft sei. (*Abgeordneter Seitz: Nein! Das ist ein Mißverständnis! Ich habe gesagt: Die einzige Autorität ist die Vernunft!*) Also gut, dann nehme ich das so an, wie es der Herr Präsident sagt. Ich habe nämlich das Empfinden, daß auf Ihrer Seite viel geschieht und zu viel geschieht gegen die Autorität, gegen eine gewisse Autorität, die immer notwendig ist und auch gegen den Bestand der demokratischen Republik. Sie haben sich heute, Herr Präsident, darauf berufen und haben gesagt, daß die Habsburger an der Dummheit zugrunde gegangen seien, die sie dadurch begangen haben, daß sie geglaubt hätten, die Autorität des Staates heben zu müssen.

Nun will ich auch ein Bekenntnis ablegen und muß etwas zurückgehen. Ich habe schon früher, und zwar während des Krieges, in einer Zeit, wo es nicht ganz ungefährlich war, öffentlich gesagt, daß die damalige Macht im Staate, der Kaiser mit seiner Regierung, nicht die geeigneten Mittel gewählt haben, um für den Bestand des Staates einzutreten. Ich habe damals hervorgehoben, daß, wenn die Regierung den Kaiser in der letzten Thronrede sagen ließ, es müsse nun zur wahren Demokratie übergegangen werden, und wenige Tage nachher dieselbe Regierung denselben Kaiser mehrere erbliche Herrenhausmitglieder ernennen ließ, ich das wohl nicht als die wahre Demokratie werte. Ich habe damals auch hervorgehoben, daß man von der Seite so weit gegangen ist, daß man geglaubt hat, gewisse Stellen im Staate können nur von Adelligen besetzt werden — zum Beispiel das Äußere oder gewisse Statthalterposten. Es ist mir einmal persönlich vorgekommen, daß ich über Wunsch anderer bei einem hohen Staatsfunktionär für einen Landeschef eintreten sollte — nicht in Tirol und Vorarlberg, damit Sie nicht glauben, ich hätte da Einfluß genommen — und da hat man mir gesagt: Der da in Vorschlag kommt, hat zwar von Pitt aufgebient, er ist ein ausgezeichnete Mann, aber er kann doch nicht Landeschef werden! — Ja warum? — Ja, weil er nicht adelig ist! Das ist mir persönlich begegnet. Wenn man von der Seite auch während des Krieges, zum Beispiel nachdem Wilson seine 14 Punkte bekanntgegeben hat, worin unter anderem auch uns Winke gegeben worden sind, daß man mehr zur Föderation und zur Autonomie zurückkehren sollte — was auch von Ihrer Seite, wenigstens von einem gewissen Dr. Rudolf Springer immer anerkannt worden ist und auch von unserem

Kanzler Dr. Seipel — das zur rechten Zeit verstanden hätte, so glaube ich, wäre es vielleicht möglich gewesen, daß man mehr für den Bestand der alten Monarchie beigetragen hätte; wenn man es zum Beispiel verstanden hätte, damit zufrieden zu sein, ein Kaisertum oder Königtum so wie in England zu haben, das eine Autonomie auf föderativer Grundlage gehabt hätte. Nun aber meine ich, daß eigentlich jene, die immer wieder sagen, sie seien diejenigen, die die Republik schützen und halten, wo es nur auf sie ankommt, sie zu erhalten — und das sind die Herren von der sozialdemokratischen Seite — sehr viele Fehler machen und ganz dieselben Fehler machen, die seinerzeit die Habsburger und die damaligen Regierungen gemacht haben (*Zustimmung*), die ganz gegen das Interesse der Republik sind. Ich habe den Eindruck bekommen, daß, wenn auch alle zugeben, daß der Streik als gewisses äußerstes Mittel nicht rundweg zu verwerfen ist, — das hat auch der Herr Kanzler anerkannt — daß bei dem Umstande, daß ein Teil der Staatsangestellten das, was die Regierung konzidiert hat, doch noch als erträglich erkannt hat, dann jener Teil, der hauptsächlich von sozialdemokratischer Seite geführt ist, das nicht als genügend befunden hat und das große Wagnis unternommen hat, einen so wichtigen Streik wie den Eisenbahner- und Postlerstreik zu inszenieren. Wenn Sie aber wieder sagen, man solle nicht mit dem Bürgerkrieg kommen, und davor warnen, so möchte ich auch Sie warnen: Tragen auch Sie nicht dazu bei, daß es zu einem Bürgerkrieg kommt!

Was die Autorität betrifft, so brauchte man sie weniger zu schützen oder hervorzuheben, wenn Sie sie nicht bei jeder Gelegenheit untergraben würden. (*Zustimmung.*) Der frühere Bundeskanzler Schöber zum Beispiel war gewiß kein Christlichsozialer, aber als Bundeskanzler haben Sie diesen Mann, den Sie, wie ich überzeugt bin, als Mann, der dem Staate dient, gewiß hoch schätzen müssen, angegriffen und es über sich gebracht, deshalb, weil dieser Kanzler als Kanzler zu einem Trauergottesdienst gegangen ist, ihn hier anzuklagen und zu fragen, warum er eine solche Demonstration in der Kirche mitmachte usw., wobei Sie sehr gut gewußt haben, daß dieser Mann nur der Republik dient. Sie haben sehr gut gerußt, daß der Kanzler Schöber ein ebenso guter Polizeipräsident war unter dem Staatsoberhaupt Präsidenten Seiz, wie unter der Kanzlerschaft des Herrn Dr. Renner oder unter dem Staatssekretär Eldersich, daß er ebenso für die Republik eingetreten ist und der Republik gedient hat wie zu Zeiten des Kaisers, und Sie haben ganz gut gewußt, daß, wenn es sich um einen sozialdemokratischen Funktionär gehandelt hätte und für diesen ein Requiem abgehalten worden wäre, er auch dorthin gegangen wäre wie zu dem für den

ehemaligen Kaiser. (*Zwischenrufe.*) Aber Sie haben dadurch eigentlich gezeigt, daß Ihnen nur das recht ist, was parteipolitisch ist. Alles, was nicht nach Ihrem eigenen Klassenstandpunkt ist, das beanstanden Sie und jeden, der im Staate für den Staat auch Opfer bringt, beschuldigen Sie auch dann, wenn es nicht am Platze ist. Das ist auch diesmal bei dieser Gelegenheit wieder der Fall. Es wäre, glaube ich, besser gewesen, Sie hätten keinen Streik heraufbeschworen, Sie hätten gesucht, auch Ihre Leute zu mahnen, daß man ohne Streik durchkommt, und nicht zu zeigen, welche Macht Sie haben. Dieses immer und immer wieder Zeigenwollen, welche Macht man in diesem Staate hat, das trägt nicht dazu bei, daß sich alle in diesem Staate wohl fühlen können. Sie meinen immer nur, daß es dann gut und recht ist, wenn man nach sozialdemokratischen Diktat vorgeht. (*Abgeordneter Dr. Bauer: Wer wollte diktieren? Der Herr Kanzler!*) Sie müssen doch auch zugeben, daß man im Staate eine solche Haltung einnehmen muß, daß auch die andern leben können und daß auch die anderen ein Interesse am Staate haben. Nur dadurch nützen Sie dem Staate. Ich glaube daher, es wird notwendig sein, daß alle zusammenhelfen, daß, sowie der Herr Kanzler am Schlusse seiner Rede gesagt hat, auch alle sich sehr anstrengen zu arbeiten und zu produzieren, daß auch die Eisenbahner und alle anderen Angestellten niemandem Anlaß geben zu Klagen und Mißstimmungen sowie auch die andern Stände sich zu intensiver Arbeit und zum Sparen aufraffen müssen, damit wir wieder aufbauen und besseren Zeiten entgegensehen können. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, ich erkläre die Debatte für geschlossen.

Da 10 Minuten nach Schluß der Haus-sitzung heute noch eine Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses stattfindet, breche ich die Verhandlung ab.

Das Ausschußmandat hat zurückgelegt der Herr Abgeordnete Schneidmahl als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschusse. Es war mir nicht möglich, die nötigen Stimmzetteln rechtzeitig bereitzustellen. Es wird der Antrag gestellt, an seiner Stelle den Herrn Abgeordneten Pick zu wählen. Wenn von keiner Seite ein Widerspruch erhoben wird — und es ist dies nicht der Fall — so bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche diesem Vorschlag — und zwar ausnahmsweise durch Erheben von den Sitzen — zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Das hohe Haus hat den Herrn Abgeordneten Pick an Stelle des Herrn Abgeordneten Schneidmahl

als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschusse gewählt.

Die Vorlagen der Bundesregierung, betreffend ein Bundesgesetz über die Errichtung einer österreichischen Notenbank (1041 der Beilagen), ein Besoldungsnachtragsgesetz (1040 der Beilagen), die II. Novelle zum Lebensmittelabbaugesetz (1039 der Beilagen) werde ich — falls keine Einwendung erhoben wird — sofort dem Finanz- und Budgetausschusse zuweisen. (Nach einer Pause:) Es wird keine Einwendung erhoben, die Zuweisung wird veranlaßt.

Folgende Vorlagen der Bundesregierung werde ich — wenn keine Einwendung erhoben wird — sofort zuweisen, und zwar:

Die Vorlage der Bundesregierung über ein Bundesgesetz, betreffend Wohnungsanforderung (1031 der Beilagen);

die Vorlage der Bundesregierung über ein Bundesgesetz, betreffend Rentenerhöhung auf dem Gebiete der Pensionsversicherung der Angestellten (V. Novelle zum Pensionsversicherungsgesetze) (1032 der Beilagen);

die Vorlage der Bundesregierung über ein Bundesgesetz, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen über die Unfallversicherung der Arbeiter (IX. Novelle zum Unfallversicherungsgesetz) (1033 der Beilagen);

die Vorlage der Bundesregierung über ein Bundesgesetz, betreffend die Erhöhung der Teuerungszulagen zu Unfallrenten (1034 der Beilagen);

die Vorlage der Bundesregierung über ein Bundesgesetz, betreffend Erhöhung der Zuschüsse zu den Provisionen der Bergwerksbrüderladen (1035 der Beilagen), dem Ausschusse für soziale Verwaltung;

die Vorlage der Bundesregierung, über ein Bundesgesetz, betreffend die Beteiligung des Bundes an den Industriewerken Fischamend G. W. A. (1038 der Beilagen), dem Finanz- und Budgetausschusse;

die Vorlage der Bundesregierung, betreffend Handelsübereinkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn samt Anlagen A, B und C und Schlusprotokoll (1037 der Beilagen), dem Ausschusse für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten.

Wird dagegen ein Widerspruch erhoben. (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall, die Zuweisung wird von mir veranlaßt.

Außerdem werde ich die Vorlage der Bundesregierung über den Gesetzesbeschluß des Tiroler Landtages, betreffend den Landesschulrat (974 der Beilagen), dem Ausschusse für Erziehung und Unterricht zuweisen. (Nach einer Pause:) Es wird keine Einwendung erhoben.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für morgen, Mittwoch, den 28. Juni 1922, um 5 Uhr nachmittags mit folgender Tagesordnung:

1. Eventuell: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (1040 der Beilagen), betreffend ein Besoldungsnachtragsgesetz.

2. Bericht des Ausschusses für Verkehrsweisen über den Antrag der Abgeordneten Paulitsch, Dr. Ramek und Genossen (713 der Beilagen), betreffend die Förderung des ehesten Ausbaues der Mallnitzer Kraftwerke zum Zwecke der Elektrifizierung der Tauernbahn (1007 der Beilagen).

3. Bericht des Ausschusses für Heereswesen über den Antrag der Abgeordneten Dr. Erwin Wais, Dr. Schürff, Kollarz und Genossen (996 der Beilagen), auf Einsetzung einer Bundeskommission für Kriegsgräberfürsorge und sonstiges Kriegsverlustwesen (1008 der Beilagen).

4. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (940 der Beilagen), betreffend die Bewilligung zur Aufnahme eines Lotterielehens im Nominalbetrage von 1200 Millionen Kronen durch den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (Österreichische Bauweise, Emission 1922) (1009 der Beilagen).

5. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (851 der Beilagen), betreffend Durchführung baulicher Maßnahmen in den Bundestheatern (1010 der Beilagen).

6. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (967 der Beilagen), betreffend den Ausbau des Westtraktes des Hauptgebäudes des Schlosses Schönbrunn (1011 der Beilagen).

7. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (935 der Beilagen), betreffend Adaptierungen im Gebäude Wien, VII., Karl Schweighofergasse 3 (1012 der Beilagen).

8. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (948 der Beilagen), betreffend die

Bedeckung der Kosten für den Betrieb und die Instandhaltung der Zollwachmotorboote am Bodensee (1013 der Beilagen).

9. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (951 der Beilagen), betreffend die Fortführung des Fortbildungs- und Sprachkurses für die Sicherheitswache in Wien (1014 der Beilagen).

10. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (915 der Beilagen), betreffend die Erhöhung der Kapitalbeteiligung des Bundes an der gemeinwirtschaftlichen Anstalt „Steirische Fahrzeugwerke in Graz-Puntigam“ (1015 der Beilagen).

11. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (916 der Beilagen), betreffend die Erhöhung der Kapitalbeteiligung des Bundes an der Unternehmung „Vereinigte Leder- und Schuhfabriken, gemeinwirtschaftliche Anstalt“ (1016 der Beilagen).

12. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (971 der Beilagen), betreffend die Förderung der Wiener Messe A. G. aus Bundesmitteln (1017 der Beilagen).

13. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (917 der Beilagen), betreffend die Mündelsicherheit der Teilschuldverschreibungen eines von der Stadtgemeinde Klagenfurt aufzunehmenden Anlehens von 250.000.000 K (1018 der Beilagen).

14. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (982 der Beilagen), betreffend die Förderung von Kindererholungsaktionen des Sommers 1922 aus Bundesmitteln (1019 der Beilagen).

15. Bericht des Ausschusses für Verkehrswesen über die Vorlage der Bundesregierung (834 der Beilagen), über das Übereinkommen, betreffend das endgültige Donaufahrtstatut (1022 der Beilagen).

16. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (980 der Beilagen), betreffend die Bewilligung eines Nachtragskredites von 930.000 K für Adaptierungen im Amtsgebäude in Grein (1025 der Beilagen).

17. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (981 der Beilagen), betreffend den

Beitrag der Bundesforstverwaltung zur Koppentraunverbauung (1026 der Beilagen).

18. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abgeordneten Schneidmahl, Bretschneider, Polke und Genossen (902 der Beilagen), betreffend die Wildbachverbauung im Traisenz, Gölsen- und Pielachgebiet (1030 der Beilagen).

19. Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über den Antrag der Abgeordneten Dr. Odehnal, Vaugoin, Dr. Schneider und Genossen (817 der Beilagen), betreffend die Vorlage eines Bundesgesetzes wegen Übernahme des Privatrealgymnasiums mit Öffentlichkeitsrecht in Wien, XVIII. (Gersthof) (1020 der Beilagen).

20. Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Vorlagen der Bundesregierung (695 und 978 der Beilagen), betreffend die Erhöhung der Strafen wegen Übertretungen der Vorschriften über den Besuch der öffentlichen Volksschulen in Kärnten (1021 der Beilagen).

21. Bericht des Ausschusses für Verkehrswesen über den Antrag der Abgeordneten Dr. Reidler, Pauly, Eleffin und Genossen (645 der Beilagen), betreffend Fahrbegünstigung der freiwilligen Feuerwehr- und Rettungsabteilungen durch die Bundesbahnen (1023 der Beilagen).

22. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Dinghofer, Dr. Aigner, Strunz, Weiser und Genossen (871 der Beilagen), betreffend den Bau des Bundesrealgymnasiums in Linz (1024 der Beilagen).

23. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (835 der Beilagen), betreffend das Bundesgesetz, wirksam für das Land Kärnten betreffend Begünstigungen der Lehrer an den Volks- und Bürgerschulen in Kärnten aus Anlaß ihrer militärischen Dienstleistung hinsichtlich der Ruhe- und Versorgungsgenüsse (1027 der Beilagen).

24. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (939 der Beilagen), betreffend das Bundesgesetz, wirksam für das Land Niederösterreich, womit die §§ 50 und 51 des Gesetzes vom 25. Dezember 1904, L. G. Bl. Nr. 98, in der Fassung des Gesetzes vom 17. Juni 1920, L. G. Bl. Nr. 778, betreffend die Errichtung, die Erhaltung und den Besuch der öffentlichen Volksschulen, abgeändert werden (1028 der Beilagen).

3902

119. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 27. Juni 1922.

25. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (949 der Beilagen), betreffend das Bundesgesetz, wirksam für das Land Niederösterreich, womit einige Bestimmungen über die Entlohnung des Religionsunterrichtes an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen des Landes Niederösterreich abgeändert und ergänzt werden (1029 der Beilagen).

26. Fortsetzung der Verhandlung über die Vorlage, betreffend ein Bundesgesetz, über den unlauteren Wettbewerb (913 der Beilagen).

Wird gegen meinen Vorschlag eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist genehmigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 40 Minuten abends.